
BACHELORARBEIT

Frau
Simone Weidlich

**Die Zulässigkeit der Herstellung
von Lichtbildern**

2014

BACHELORARBEIT

Die Zulässigkeit der Herstellung von Lichtbildern

Autor:
Frau Simone Weidlich

Studiengang:
Film und Fernsehen

Seminargruppe:
FF08w1-B

Erstprüfer:
Prof. Hermann Mayer

Zweitprüfer:
Dipl.-Soz.päd., Dipl. Journ. Franz Bumeder

Einreichung:
München, 22.01.2014

BACHELOR THESIS

The legitimacy of creating a photograph

author:

Ms. Simone Weidlich

course of studies:

Film und Fernsehen

seminar group:

FF08w1-B

first examiner:

Prof. Hermann Mayer

second examiner:

Dipl.-Soz.päd., Dipl. Journ. Franz Bumeder

submission:

München, 22.01.2014

Bibliografische Angaben:

Weidlich, Simone:

Die Zulässigkeit der Herstellung von Lichtbildern

The legitimacy of creating a photograph

2014 - 53 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

Abstract

In der deutschen Rechtsprechung wird zwischen der Herstellung und der Veröffentlichung einer Fotografie (eines Lichtbilds) unterschieden. Der folgende Text befasst sich explizit mit der Herstellung einer Fotografie. Denn schon dadurch kann in die Rechte Dritter eingegriffen werden.

Es wird unterschieden zwischen der Personen- und der Sachfotografie und auf die einzelnen Rechtsverletzungen, wie beispielsweise die Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts oder des Urheberrechts, eingegangen.

Abschließend werden die Folgen, die aus den Rechtsverletzungen entstehen, dargelegt.

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	IV
Abkürzungsverzeichnis.....	VII
1 Einleitung.....	1
2 Begriffserklärung.....	5
2.1 Das Lichtbild.....	5
2.2 Die Zulässigkeit.....	5
3 Im Konflikt mit der Pressefreiheit.....	6
4 Lichtbilder von Personen.....	8
4.1.1 Gerichtsverhandlungen.....	11
4.1.2 Strafrechtliche Grenzen.....	14
4.1.3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht.....	16
4.1.4 Ausübende Künstler.....	19
5 Lichtbilder von Sachen.....	20
5.1 Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Eigentümers oder Besitzers.....	21
5.2 Urheberrecht.....	23
5.2.1 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit.....	25
5.2.2 Berichterstattung über Tagesereignisse.....	25
5.2.3 Privater Gebrauch.....	26
5.2.4 Unwesentliches Beiwerk.....	26
5.2.5 Panoramafreiheit.....	27
5.2.6 Bildnisse.....	29
5.3 Militärische Anlagen.....	29
5.4 Hausrecht.....	30
5.5 Markenrecht und Designrecht.....	31
6 Folgen der Verletzungshandlung.....	32
6.1 Unterlassung.....	33
6.2 Auskunft.....	34

6.3 Schadensersatz.....	35
6.4 Geldentschädigung.....	35
7 Fazit.....	37
Literaturverzeichnis.....	XLI
Anlagen.....	XLIII
Eigenständigkeitserklärung.....	XLV

Abkürzungsverzeichnis

GVG

...Gerichtsverfassungsgesetz

KunstUrhG

...Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie

JGG

...Jugendgerichtsgesetz

GG

...Grundgesetz

BGB

...Bürgerliches Gesetzbuch

StGB

...Strafgesetzbuch

ZPO

...Zivilprozessordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ehemaliger Verteidigungsminister Thomas de Maizière besucht die deutschen Truppen.....	9
Abbildung 2: Personen am Piccadilly Circus in London als "Beiwerk"	10
Abbildung 3: Teilnehmer des alljährlichen Trachtenumzugs zum Münchener Oktoberfest.....	10
Abbildung 4: Fotografie von Regina Schmeken, als von künstlerisch hohem Interesse eingestuftes Bild.....	11
Abbildung 5: Zeichnung von Martin Burkhardt.....	13
Abbildung 6: Zeichnung von Martin Burkhardt.....	14
Abbildung 7: Jugendliche nehmen reale Gewaltszenen auf.....	15
Abbildung 8: Konzertfotograf im Pressegraben.....	20
Abbildung 9: Friesenhaus von öffentlich zugängigem Bereich fotografiert.....	22
Abbildung 10: Titelblatt des Hundekalender mit dem Mops Sir Henry.....	23
Abbildung 11: Titelbild mit T-Shirt als unwesentliches Beiwerk.....	27
Abbildung 12: Hundertwasserhaus in Wien, von der Straße aus fotografiert.....	28

1 Einleitung

Die Fotografie hat sich grundlegend verändert. Und damit spreche ich nicht von dem Umschwung von der analogen zur digitalen Fotografie. Obwohl diese Veränderung den Grundstein dazu gelegt hat. Es geht um die Digitalisierung. Unser komplettes Leben, der komplette Alltag ist vor allem für junge Menschen von Grund auf anders als noch vor einigen Jahren. Man bekommt alles übers Internet: einen neuen Partner, berufliche Weiterbildung, Konsumgüter aller Art, Nachrichten und Infos über das aktuelle Tagesgeschehen und Unterhaltung. Für die meisten vor allem jungen Menschen funktioniert die Unterhaltung am besten über soziale Netzwerke und Videoportale. Bereits im Jahr 2013 nutzten in Deutschland fast 80 % der Bevölkerung regelmäßig das Internet.¹

Mit der steigenden Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke, wie Facebook, geht es einher, dass immer mehr Menschen immer mehr Inhalte teilen wollen. Die Nutzer dieser Netzwerke wollen ihren Freunden alles zeigen: wo sie gerade sind oder was sie im Moment essen und trinken, dass sie sich neue Schuhe gekauft haben oder das Kind die Wände bemalt hat. Und ob es nun jemanden interessiert oder nicht, jedes erdenkliche Ereignis wird fotografisch festgehalten und geteilt.

Dadurch entsteht so eine gewaltige Bilderflut, dass zum Beispiel bei dem sozialen Netzwerk „Google+“ innerhalb der ersten 100 Tage nach seiner Eröffnung, sage und schreibe 3,4 Milliarden Foto-Uploads verzeichnet werden konnten.² Doch die weltweit größte Fotosammlung ist das Netzwerk „Facebook“, auf dessen Servern sich insgesamt über 100 Milliarden Bilder befinden.

Und diese Bilder werden täglich mehr, das heißt, täglich werden von sämtlichen Menschen aus den unterschiedlichsten Beweggründen und in den verschiedensten Situationen Fotos angefertigt, um anschließend der breiten Masse zur Verfügung gestellt zu werden. Die Voraussetzungen dafür sind einfach gegeben: In Deutschland kommen auf 100 private Haushalte in etwa 148 Fotoapparate, darunter ungefähr 70 Prozent digital³. Zusätzlich dazu besitzen in etwa 90 % der Personen über 14 Jahre ein Mobiltelefon, das mit einer mehr oder weniger guten Kamera ausgestattet ist. Die meisten haben ihr Handy fast immer dabei und so ist es natürlich ein Leichtes, von überall aus seine Freunde an seinem Leben teilhaben zu lassen.

¹ Vgl. „Anteil der Internetnutzer in Deutschland von 2001 bis 2013“, statista.com

² Vgl. „3,4 Milliarden Fotos auf Google+“, 20.10.2011

³ Stand: 1. Januar 2013. Quelle: Statistisches Bundesamt

Doch nicht nur private Nutzer, auch Unternehmen, Selbständige, Künstler und viele mehr nutzen die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke, um sich zu präsentieren, und das funktioniert nun mal am besten mit Hilfe von Fotos und Videos. So wurde die Fotografie zu einem Medium, das zu jeder Zeit und an jedem Ort gegenwärtig ist.

Das ist der größte Wandel in der Fotografie. Vor allem Privatleute holten, noch vor ein paar Jahren, ihren Fotoapparat nur bei besonderen Anlässen heraus und machten Aufnahmen von den Sehenswürdigkeiten im Urlaub oder von den Kindern mit ihrer Geburtstagstorte. Auf diese Weise konnte es oft Wochen oder gar Monate dauern bis ein Film voll war und endlich zum Entwickeln gebracht werden konnte.

Doch mit der digitalen Fotografie sind keine Grenzen mehr gesetzt. Man muss kein Geld mehr für teure Filme ausgeben, man löscht einfach die Speicherkarte. Auch aus diesem Grund machen sich die wenigsten Menschen noch Gedanken, ob man dieses eine Foto denn unbedingt schießen muss oder nicht. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil „wenn´s mir nicht gefällt, dann lösche ich´s eben“. Und so wird jedes noch so unwichtige Detail fotografiert und nahezu jede Freizeitaktivität nur noch durch den Sucher der Kamera gesehen. Zum Beispiel auf Konzerten, versuchen Unmengen an Konzertbesuchern ein tolles Foto mit ihrer Handykamera zu schießen, anstatt sich einfach nur die Musik anzuhören und den Abend zu genießen.

Ein ähnliches Phänomen kann ich als Fotografin regelmäßig auf Hochzeiten beobachten. Oft gibt der Priester noch vor Beginn der Trauung den Hinweis, dass eine Fotografin anwesend ist und alles Wichtige fotografiert wird und, dass die Gäste bitte keine Bilder machen sollen, um die Zeremonie nicht zu stören. Doch sobald es zum Ringtausch oder einem anderen „wichtigen“ Moment kommt, sieht man die Hochzeitsgäste vor lauter Handys und Digitalkameras nicht mehr. Es blitzt und klickt und spätestens eine Stunde später findet man die ersten Bilder bei Facebook.

Es ist zum Trend geworden allen anderen mit Bildern zu zeigen, dass man ein wahnsinnig spannendes Leben führt.

Und die Wenigsten stellen sich bei den Unmengen an Bildern, die tagtäglich produziert werden die Frage, ob das überhaupt rechtmäßig ist. Sowohl private Nutzer, als auch gewerbliche Nutzer haben keinerlei Hemmungen bei der Herstellung und Veröffentlichung von Bildmaterial. Dabei ist schon die Herstellung von Lichtbildern in vielen Fällen unrechtmäßig.

Die Grundlagen des Fotorechts sind in der heutigen Zeit aktueller denn je und die deutschen Gerichte müssen sich mit immer mehr Rechtsstreits befassen, denen eine unzu-

lässige Herstellung, Veröffentlichung oder Verbreitung von Fotografien zugrunde liegt. Bei den meisten Verstößen handelt es sich wohl um Urheberrechtsverletzungen, doch auch eine Verletzung von Persönlichkeitsrechten ist oft der Fall.

Man könnte nun denken, allein das Anfertigen einer Fotografie müsse doch in jedem Fall rechtmäßig sein. Man könnte sich höchstens dann rechtswidrig verhalten, wenn man ein Bild anschließend veröffentlicht oder verbreitet. Doch mit dieser Annahme liegt man falsch. Denn schon bei der Herstellung eines Lichtbilds kann man an rechtliche Grenzen stoßen und zum Beispiel die Rechte eines Anderen verletzen, dazu bedarf es nicht erst der Veröffentlichung des Bildes.

Doch wen oder was darf ich eigentlich fotografieren? Dieser Fragestellung gehe ich im folgenden Text auf den Grund. Dabei lasse ich die Zulässigkeit der Veröffentlichung oder Verbreitung eines Lichtbilds gezielt außen vor. Es geht rein um die Herstellung eines Fotos. Es wird aufgezeigt, dass man sowohl als Privatperson als auch als jemand, der beruflich agiert, eventuell schon beim Betätigen des Auslösers unrechtmäßig handelt und dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. Und dabei ist es nicht relevant, ob eine Person oder eine Sache fotografiert wird. Relevant ist, ab wann ich mit der Fotografie in die Rechte Dritter eingreife oder eine strafrechtliche Grenze übertrete.

Als Privatperson, die nur für ihren eigenen privaten Gebrauch fotografiert, habe ich es in vielen Fällen leichter. Denn oft ist das Erstellen eines Lichtbildes für private Zwecke zulässig, wenn es nicht veröffentlicht wird. Doch geht es um eine gewerbliche oder kommerzielle Verwendung, dann sind die Grenzen der Zulässigkeit enger gesteckt. Denn bei der Anfertigung einer Fotografie aus kommerziellen Gründen kann man mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass die Aufnahme erstellt wurde um anschließend auch veröffentlicht zu werden.

Bei der Veröffentlichung von Bildern gibt es auch eine große Menge an Einschränkungen, die zu beachten sind. Diesen Bereich werde ich aber im Rahmen der nachfolgenden Arbeit nicht erläutern. Grundsätzlich gilt, Aufnahmen, die schon in der Herstellung nicht rechtmäßig sind, dürfen logischerweise auch nicht veröffentlicht werden. Dazu kommen noch sehr viele weitere Rechte und Gesetze, die durch eine Veröffentlichung verletzt werden können.

Mein Ziel ist es aufzuzeigen, in welchen Situationen das Anfertigen eines Lichtbilds in keinem Fall zulässig ist und wo sich Möglichkeiten für den Fotografen ergeben. Das kann einem helfen, zu erkennen, wann es besser ist auf das Fotografieren zu verzichten oder wann man hemmungslos „drauf los knipsen“ kann.

Grundlegend hab ich das Thema in drei große Teilbereiche unterteilt: zum einen die Fotografie von Personen, zum anderen die Fotografie von Sachen und abschließend die Folgen, die aus einer Rechtsverletzung resultieren. Ich gehe gezielt nur auf die Problematik der Herstellung eines Lichtbilds ein, um zu zeigen, dass es nicht immer der Veröffentlichung einer Aufnahme bedarf um eine Rechtsverletzung zu begehen.

Die einzelnen Behauptungen, werden durch die jeweiligen Gesetze gestützt und gegebenenfalls durch dazugehörige Gerichtsentscheidungen belegt. Als Quelle dazu diene mir meist das kostenlose juristische Informationsportal „dejure.org“. Dort findet man alle relevanten Gesetzestexte und zu jedem Gesetz eine Vielzahl an Urteilen, Pressemitteilungen und anderen juristischen Beiträgen.

Zum inhaltlichen Aufbau meines Textes: Zuerst gehe ich auf den Bereich der Personenfotografie ein. Es wird einen Überblick gegeben, wann der Gesetzgeber durch gesetzliche Regelungen, in jedem Fall das Anfertigen einer Fotografie zulässt. Dann komme ich zu den möglichen Rechtsverletzungen, die aus der Herstellung eines Fotos entstehen können. Außerdem sollen die strafrechtlichen Grenzen der Fotografie aufgezeigt werden.

Als weiterer großer Bereich geht es zu der Fotografie von Sachen. Die meisten unzulässigen Anfertigungen von Fotografien betreffen hier Verletzungen des Urheberrechts. Vor allem bei der Sachfotografie werden deutliche Unterschiede zwischen der Anfertigung eines Lichtbilds für den privaten und den gewerblichen Gebrauch gemacht.

Zu guter Letzt gehe ich auf die Folgen ein, die für einen entstehen, wenn man rechtswidrig ein Lichtbild anfertigt. Umgekehrt dazu zeige ich, welche Möglichkeiten man hat, wenn man selbst von solch einer Rechtsverletzung betroffen ist. In beiden Fällen ist es allerdings immer ratsam, sich den Rechtsbeistand eines Anwalts aus dem Bereich Foto- oder Medienrecht zu sichern.

In meinem Fazit möchte ich das behandelte Thema zusammenfassen und ein paar eigenen Überlegungen einbringen, wieso in der heutigen Zeit immer unüberlegter mit dem Medium Fotografie umgegangen wird.

2 Begriffserklärung

2.1 Das Lichtbild

Das Wort „Lichtbild“ ist die älteste Bezeichnung für eine Fotografie. Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter einem Lichtbild meist ein Passbild, in der juristischen Fachsprache ist dieser Begriff allerdings immer noch gebräuchlich. Er wird für die Abgrenzung der Bildrechte von Lichtbildern verwendet. Ein Lichtbild beziehungsweise eine Fotografie entsteht „durch Anwendung optischer Gesetzmäßigkeiten und Apparaturen in Verbindung mit einem lichtempfindlichen Medium, dessen Zustand sich unter Einwirkung von Licht entweder chemisch oder elektrisch ändert“.⁴

In der analogen Fotografie wird eine Abbildung mittels Lichts auf einen Film oder eine Platte gebracht. Nach der Belichtung liegt das Bild zwar schon vor, ist aber noch nicht sichtbar. Erst durch die chemische Reaktion bei der Entwicklung wird das Bild sichtbar gemacht. Es liegt nun ein Diapositiv oder ein Negativ vor. In einem weiteren chemischen Prozess kann nun daraus ein Papierabzug davon erstellt werden.⁵

In der digitalen Fotografie trifft das Licht auf einen lichtempfindlichen Sensor. Das analoge Bild beziehungsweise Signal wird in seine einzelnen Bildpunkte zerlegt und die Farbinformationen werden in digitale Werte umgewandelt. Diese können nun auf einer Speicherkarte abgespeichert werden.

Als Lichtbild werden im nachfolgenden Text sowohl analoge als auch digitale Fotografien bezeichnet.

2.2 Die Zulässigkeit

Unter der Zulässigkeit versteht man im Recht das rechtliche „Erlaubtsein“ einer Handlung. Wird eine Handlung rechtmäßig ausgeführt, dann kann man diese als zulässig bezeichnen.

⁴ Vgl. Bild (Fotografie), 02.12.2013

⁵ Vgl. Analogfotografie, 13.01.2014

3 Im Konflikt mit der Pressefreiheit

Bevor man eine Fotografie (Lichtbild) fertigt, sollte man sich im Klaren darüber sein, ob dies rechtmäßig ist. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte es passieren, dass man allein durch die Herstellung eines Lichtbildes in die Rechte Dritter eingreift. Es können gewerbliche Schutzrechte oder allgemeine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Dadurch können auf Seiten des Geschädigten Ansprüche entstehen, die gegebenenfalls straf- oder zivilrechtliche Konsequenzen mit sich ziehen.

Vor allem wenn es um die Fotografie von Personen geht, muss man oft zwischen dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und der Pressefreiheit abwägen. Der Grundsatz der Pressefreiheit ist im Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Demnach hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und auch in Bildern frei zu äußern und zu verbreiten. Die Freiheit der Berichterstattung über Rundfunk und Film wird gewährleistet, und es findet keine Zensur statt. Doch wie passt das mit der Wahrung der Persönlichkeitsrechte zusammen? Man muss abwägen, was im Einzelfall wichtiger ist.

Meist wird in der gängigen Rechtsprechung unterschieden, in welchen Bereich des Persönlichkeitsrechts eingegriffen wird und ob man diesen Eingriff hinnehmen muss. Es werden drei Bereiche differenziert: die Intimsphäre, die Privatsphäre und die Sozialsphäre:

- Eingriffe in die Sozialsphäre bleiben meist ohne Sanktionen, höchstens wenn besonders schwerwiegende Auswirkungen auf das Persönlichkeitsrecht vorliegen.
- Bei Eingriffen in die Privatsphäre, müssen allerdings besondere Gründe vorliegen, um dies zu rechtfertigen. So ein Grund liegt zum Beispiel dann vor, wenn die betroffenen Personen gerade wegen ihrer privaten Lebensführung im öffentlichen Interesse stehen oder ihr Privatleben sprichwörtlich vermarkten.
- Die Intimsphäre ist der schützenswerteste Lebensbereich. Ein Eingriff in die Intimsphäre ist immer nur mit der ausdrücklichen Erlaubnis der betreffenden Person zulässig.

Aus diesen Gründen ist es immer äußerst wichtig abzuwägen, was wichtiger ist. Das Interesse der Öffentlichkeit an einer umfassenden Berichterstattung oder das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Einzelnen.

Auch bei der Sachfotografie kann es zu einem Konflikt kommen: es stellt sich die Frage was mehr gewichtet werden muss, die Pressefreiheit oder das Urheberrecht. Zu dieser

umstrittenen Frage bezog der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit seiner Entscheidung vom 10.01.2013 Stellung. Das Urheberrecht genieße keinen absoluten Schutz, hebt der EGMR vor, und kann somit nicht als fast immer wirksames Mittel gegen unerwünschte Berichterstattung eingesetzt werden. Im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung müsse vor allem dem Grundsatz der Meinungs- und Pressefreiheit besondere Achtung zuteil werden. Daher müsse das Recht des Urhebers in jedem Einzelfall gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit der Medien und ihrer Nutzer abgewogen werden.⁶

Diese Entscheidung rüttelt gewissermaßen an der hiesigen Rechtslage. Denn oft wurde eine Verletzung des Urheberrechts als letzte Möglichkeit „vorgeschoben“, um ungünstige Berichterstattung zu verhindern. So erwirkte der Schriftsteller Günther Grass eine einstweilige Verfügung gegen die Frankfurter allgemeine Zeitung, da diese zwei Briefe des Schriftstellers an den früheren Wirtschaftsminister veröffentlichten. In diesen Briefen hält er den Politiker dazu an, sich zu seiner NS-Vergangenheit zu bekennen. Der Geschäftsführer der F.A.Z. erklärte das öffentliche Interesse an den Briefen als offensichtlich und begründete weiter, dass Grass durch sein Bekenntnis, Mitglied bei der Waffen-SS gewesen zu sein, die öffentliche Debatte um seine Person erst ausgelöst habe. Dennoch wurde Grass' Klage stattgegeben und er konnte eine einstweilige Verfügung erwirken.

Auch aus dieser Entscheidung wird deutlich, dass von der Justiz bisher meist zugunsten der Urheber entschieden wurde. Doch das könnte sich nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Jahr 2013 eventuell ändern, so dass die Pressefreiheit bei Verletzungen des Urheberrechts in Zukunft mehr Beachtung finden könnte.

Der EGMR entschied in dem Rechtsstreit zwar gegen eine Veröffentlichung der Bilder, aber mit der Begründung, es handle sich um eine rein kommerzielle Meinungsäußerung. Wenn es um den Beitrag zu einer öffentlichen Debatte gehen, sehe es allerdings anders aus.

So kann man bereits erkennen, dass man oft die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Beteiligten gegenüberstellen muss und beachten muss, in wie weit die Rechte des einen verletzt werden. Oft greifen auch mehrere Gesetze ineinander, so dass eine Entscheidung nur von Fall zu Fall getroffen werden kann. Daher möchte ich nun im Detail auf die einzelnen Gesetze und Situationen eingehen, in denen die Zulässigkeit der Herstellung von Lichtbildern geregelt ist.

⁶ Vgl. EGMR, Nr. 36769/08, 10.01.2013, „Ashby Donald gegen Frankreich“

4 Lichtbilder von Personen

Im Grunde könnte man davon ausgehen, dass allein die Herstellung eines Lichtbildes in jedem Fall zulässig sein müsste. Die meisten gehen davon aus, dass man nur dann rechtswidrig handelt, wenn man diese Bilder dann veröffentlicht und das auch nur in bestimmten Fällen. Doch dem ist nicht so. Allein durch die Anfertigung einer Fotografie von einer Person kann man das allgemeine Persönlichkeitsrecht eben dieser Person verletzen. Denn auch wenn man ein Bild nicht veröffentlicht und dies auch nicht in Zukunft vorhat, kann es sein, dass das Bild von Dritten gestohlen oder manipuliert wird. Somit entsteht schon durch die Herstellung des Lichtbildes eine Gefahr für die Verletzung der Persönlichkeitsrechte, wenn auch erst mal nur rein hypothetisch. Für die auf dem Foto abgebildete Person ergibt sich durch die Herstellung ein Kontrollverlust an dem Bild. Sobald einmal ein Bild erstellt ist, kann derjenige, der es erstellt hat oder ein Dritter mit dem Bild verfahren wie er möchte, ohne dass man noch Einfluss darauf hat.

Grundsätzlich hat jeder Mensch das Recht darüber zu bestimmen, was mit Fotografien und anderen bildlichen Darstellungen der eigenen Person in der Öffentlichkeit gemacht wird. Das ist das so genannte „Recht am eigenen Bild“.

In § 22 KunstUrhG wird festgelegt, dass Bildnisse einer Person nur mit deren Einwilligung hergestellt und verbreitet werden dürfen. Wenn der Abgebildete für die Aufnahme eine Entlohnung erhalten hat, dann gilt die Einwilligung (im Zweifel) als erteilt.

Einige Ausnahmen, wann es keiner Einwilligung bedarf, findet man in § 23 KunstUrhG. Ohne die erforderliche Einwilligung nach § 22 KunstUrhG dürfen folgende Bilder/Bildnisse angefertigt (und zur Schau gestellt werden):

1. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte;
2. Bilder, auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen;
3. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben;
4. Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung oder Schaustellung einem höheren Interesse der Kunst dient.

Zu 1.: Als Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte versteht man zum Beispiel eine Aufnahme von einem bekannten Politiker während seiner Amtstätigkeiten. So wird zum Beispiel ein Besuch des deutschen Verteidigungsministers bei den Truppen im

Ausland mit großem Interesse verfolgt. Wichtig ist, dass das Bild selbst keinen zeitgeschichtlichen Vorgang zeigen muss, es genügt, wenn die dargestellte Person von zeitgeschichtlicher Bedeutung ist.

Früher wurde auch unterschieden zwischen absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte. Als absolute Person der Zeitgeschichte zählte man zum Beispiel die Angehörigen von Königshäusern, denn diese stehen durch ihr gesamtes Handeln im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Als relative Personen der Zeitgeschichte galten beispielsweise gewisse Schauspieler oder Sportler. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus dem Jahr 2004 wurde diese Unterscheidung vom Bundesgerichtshof aufgehoben.



Abbildung 1: Ehemaliger Verteidigungsminister Thomas de Maizière besucht die deutschen Truppen

Zu 2.: Personen erscheinen auf einer Aufnahme nur dann als Beiwerk, wenn sie keinen Einfluss auf die Gesamtwirkung des Bildes haben oder die Aufmerksamkeit des Betrachters nicht auf sich ziehen. Vor allem auf öffentlichen Straßen wird es kaum möglich sein, Fotoaufnahmen zu machen auf denen keine Personen zu sehen sind. Wird aber keine Nahaufnahme von einer bestimmten Person angefertigt, sondern zum Beispiel eine Komplettaufnahme eines bekannten Platzes, dann sind die abgebildeten Personen nur „Beiwerk“.⁷ Wichtig ist, dass die Darstellung eines Platzes oder einer Landschaft die komplette Aufmerksamkeit des Betrachters einnimmt und im Vordergrund steht. Stehen Personen im Vordergrund und ist somit die Umgebung nur noch schwer erkennbar, dann handelt es sich nicht um ein Beiwerk. Es kommt auf die jeweilige Gewichtung der Darstellung der Landschaft zu der Darstellung der Personen an.

⁷ Vgl. § 23 Abs. 1 KunstUrhG



*Abbildung 2: Personen am Piccadilly Circus in
London als "Beiwerk"*

Zu 3.: Nehmen Personen an Aufzügen oder Versammlungen teil ist es auch zulässig Aufnahmen von ihnen anzufertigen ohne eine vorherige Einwilligung einzuholen. Denn nimmt man an solchen öffentlichen Veranstaltungen teil, muss man damit rechnen abgebildet zu werden und muss dies bis zu einem gewissen Punkt akzeptieren. Man muss auf der Abbildung klar als Teilnehmer einer Veranstaltung erkennbar sein und dieser Veranstaltung zuzuordnen sein.⁸ Als Versammlungen, Aufzüge und ähnliche Vorgänge bezeichnet man alle Menschenansammlungen, bei denen alle Teilnehmer den selben Zweck verfolgen. Die Veranstaltung muss frei zugänglich sein und der Abgebildete darf nicht als einzelner Teilnehmer aus der Anonymität der Masse herausgestellt werden. Es muss sozusagen die Gesamtheit dargestellt werden, dies kann auch durch die Abbildung eines Ausschnitts einer Versammlung geschehen, der repräsentativ dafür ist.



*Abbildung 3: Teilnehmer des alljährlichen Trachtenumzugs zum
Münchener Oktoberfest*

⁸ Vgl. Recht am eigenen Bild, 06.05.2013

Zu 4.: Dient die Ablichtung und Verbreitung eines Bildnisses dem „höheren Interesse der Kunst“, ist dies auch zulässig. Damit ist gemeint, die Verbreitung darf allein künstlerischen Zwecken dienen und nicht beispielsweise der Veröffentlichung in der Presse oder der kommerziellen Verbreitung. Außerdem darf das Bildnis nicht auf Bestellung angefertigt worden sein. Es ist also zulässig, wenn das Interesse der Kunst höher einzustufen ist als das Recht der abgebildeten Person am eigenen Bild.

Allerdings muss vor allem die Zurschaustellung oder Verbreitung der Bilder dem höheren Interesse der Kunst dienen, die Bilder an sich müssen nicht unbedingt künstlerische Aspekte vorweisen. Der Aktionskünstler Chad Croskie kreierte aus verschiedenen Urlaubsschnappschüssen eine Kollage in Form einer Sonnenölflasche. Das Werk hat eine eigene Botschaft und dient einem höheren Interesse der Kunst, die Fotos, die er dafür verwendet hat sind quasi belanglos.



Abbildung 4: Fotografie von Regina Schmeken, als von künstlerisch hohem Interesse eingestuftes Bild

Ist man sich nicht sicher, ob man eine Person fotografieren darf oder nicht ist es daher ratsam sich vorher eine Einwilligung derjenigen Person einzuholen.

In den folgenden Unterkapiteln sollen weitere rechtliche Grenzen der Fotografie aufgezeigt werden.

4.1.1 Gerichtsverhandlungen

Im Gerichtsverfassungsgesetz ist geregelt, dass alle Strafverfahren grundsätzlich öffentlich sind, siehe dazu § 169 GVG. Der Grundsatz der Öffentlichkeit dient zum Schutz vor staatlicher Willkür und soll die Kontrolle der gerichtlichen Tätigkeit durch die Öffentlichkeit gewährleisten. Davon ausgenommen sind Verfahren gegen Jugendliche

und Heranwachsende, siehe § 48 JGG (Jugendgerichtsgesetz). Als Jugendlicher gilt, wer „zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn, Heranwachsender, wer zur Zeit der Tat achtzehn, aber noch nicht einundzwanzig Jahre alt ist“.⁹

Die Öffentlichkeitsmaxime schließt mit ein, dass auch Pressevertreter anwesend sind, die durch ihre Berichterstattung durchaus auch meinungsbildend fungieren. Es ist ein immer größeres Interesse an eben dieser Gerichtsberichterstattung zu erkennen. Ein positiver Aspekt ist, dass dadurch die öffentliche Kontrolle gefördert wird. Ein Nachteil kann aber für den Angeklagten oder für die Opfer eines Verbrechens entstehen.

Als Opfer einer Misshandlung oder einer Vergewaltigung beispielsweise kann es daher mehr als schwierig sein mit solch großem Medieninteresse fertig zu werden. Daher besteht für die Opfer eines Verbrechens keine Abbildungsfreiheit nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 Kunst UrhG, da gerade die Opfer von Straftaten eines besonderen Schutzes der Rechtsordnung bedürfen. Auch wenn der Abgebildete in einem anderen Zusammenhang Fotografien zugelassen hat, besteht dieser Schutz trotzdem.¹⁰

Im Gegensatz dazu kann das zur Schau stellen eines Angeklagten eine enorme „Prangerwirkung“ erzielen. Vor allem bei noch nicht rechtskräftig verurteilten Angeklagten muss die Berichterstattung besondere Vorsicht walten lassen. Denn laut Artikel 6 Absatz 2 Der Europäischen Menschenrechtskonvention gilt „jede Person, die einer Straftat angeklagt ist, [...] bis zum gesetzlichen Beweis ihrer Schuld als unschuldig“ (Unschuldsvermutung). Daher ist es Aufgabe der Pressevertreter nicht zu einseitig zu berichten um den Angeklagten nicht zu stigmatisieren, da sonst die Gefahr besteht, dass dieser trotz einer etwaigen Freisprechung weiterhin bei der Allgemeinheit als „schuldig angesehen“ wird.

So entschied zum Beispiel das Oberlandesgericht Köln, „dass eine Berichterstattung über Umstände aus dem privaten Lebensbereich eines Angeklagten auch dann nicht ohne Weiteres zulässig sei, wenn diese in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung erörtert worden sind“.¹¹ Beim Prozess um den Wettermoderator Jörg Kachelmann war dies aber der Fall. Nach Ansicht der Kölner Richter stellt dies aber einen unzulässigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von Kachelmann dar.

Das öffentliche Interesse an Gerichtsverhandlungen ist durchaus berechtigt. Allerdings nur bei Delikten von mittlerer oder schwerer Kriminalität oder bei Delikten, die sich von der „gewöhnlichen Kriminalität“ abheben. Bei kleineren Delikten ist dem öffentlichen In-

⁹ Vgl. § 1 Abs. 2 JGG

¹⁰ Vgl. Mirko Laudon, 25.09.2013

¹¹ Vgl. Rüdiger Lühr, 05.02.2013

formationsinteresse nur bei Angeklagten zuzustimmen, die bereits der breiten Öffentlichkeit bekannt sind, wie prominente Politiker, Schauspieler und weitere.

Nach § 169 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz) ist es unzulässig „Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts [...]“ anzufertigen. Ob eine Erlaubnis zum Fotografieren in einem Gerichtssaal oder dem Flur davor erteilt wird, obliegt allein dem Vorsitzenden Richter. Er kann, um nach § 176 GVG die Ordnung in der Sitzung aufrechtzuerhalten, ein Fotografierverbot erteilen.

Des Weiteren besteht ein Schutz vor der unberechtigten Anfertigung von Fotografien. Denn ist ein Bild einmal angefertigt, kann der Fotograf mit diesem Bild verfahren wie er möchte. Somit entsteht für den Fotografierten die Gefahr eines Kontrollverlustes an dem Bild, was ein Verbot des Fotografierens rechtfertigt.

Aus diesen Gründen werden bei manchen Verhandlungen verschiedene Szenen des Prozesses von einem Gerichtszeichner festgehalten. Sie werden von Medienanstalten dafür beauftragt die Geschehnisse im Gerichtssaal zu illustrieren und erhalten meiste genaue Vorgaben. So sollen meist der Angeklagte, sein Anwalt oder der Richter dargestellt werden. Dazu benötigt der Gerichtszeichner lediglich Bleistift, Fineliner, Aquarellstifte und Papier. In wenigen Minuten muss er so darstellen, was mit Film- oder Fotoaufnahmen nicht gezeigt werden darf.¹² Ein bekannter deutscher Gerichtszeichner ist Martin Burkhardt, der im November 2013 im Auftrag von RTL Nord im Hannoveraner Landgericht zwei Zeichnungen im Prozess gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff anfertigte.



Abbildung 5: Zeichnung von Martin Burkhardt

¹² Vgl. Markus Schleufe, 03.10.2011



Abbildung 6: Zeichnung von Martin Burkhardt

4.1.2 Strafrechtliche Grenzen

Ein weiterer Punkt, bei dem die fotografische Abbildung von Personen unzulässig ist, sind strafrechtliche Verbote. Dazu zählen Volksverhetzung, gewaltverherrlichende Darstellungen und bestimmte pornografische Abbildungen.

Der § 130 StGB besagt, dass mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe bestraft wird, wer Schriften (§ 11, Abs. 3)¹³ herstellt, „die zum Hass gegen eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder gegen Einzelne wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder ihre Menschenwürde dadurch angreifen, dass die beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden“.¹⁴

Des Weiteren ist es untersagt gewaltverherrlichende Bilder herzustellen, dies regelt der § 131 StGB Abs. 1. Bilder, die „[...] das Grausame [...] des Vorgangs in einer der Menschenwürde verletzenden Weise“¹⁵ darstellen sind somit unzulässig. Die Vorfälle in denen solche Fotografien oder gar Filme angefertigt werden treten in den letzten Jahren immer häufiger auf. Das Handy ist inzwischen das am meisten verbreitete Medium unter Jugendlichen und ist fast immer mit einer Fotokamera ausgestattet. So kam es immer öfter, dass sich Jugendliche gegenseitig dabei aufnahmen, wie sie andere Jungen

¹³ § 11 Abs. 3: Den Schriften stehen Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen in denjenigen Vorschriften gleich, die auf diesen Absatz verweisen.

¹⁴ Vgl. StGB §130 Volksverhetzung, Absatz 2

¹⁵ Vgl. §131 Absatz 1 StGB

oder Mädchen verprügeln oder misshandeln. Zuerst wurden noch „normale“ Schlägereien aufgenommen, doch die Jugendlichen denken sich mittlerweile in Anlehnung an Gewaltfilme richtige Drehbücher aus, wie sie ihren Überfall begehen wollen. So werden gezielt Opfer ausgewählt zu denen eventuell sogar ein persönlicher Bezug besteht. So dienen die Handyaufnahmen als eine Art Trophäe unter den Jugendlichen und werden dann auch schnell weiter verbreitet, um das Opfer zu denunzieren und sich selbst in der Rangordnung nach oben zu bringen.¹⁶



Abbildung 7: Jugendliche nehmen reale Gewaltszenen auf

Inzwischen werden auch immer mehr sexuelle Übergriffe mit dem Mobiltelefon aufgenommen. Junge Mädchen werden von teilweise mehreren Tätern vergewaltigt und ein weiterer Jugendlicher ist dafür zuständig die Tat aufzunehmen.

So war es zum Beispiel der Fall in Offenburg in Baden-Württemberg: drei Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren vergewaltigten auf einem öffentlichen Parkplatz eine 17 Jahre alte Schülerin. Ein vierter Jugendlicher filmte die Tat mit seinem Handy und verschickte die Bilder danach an seine Freunde. Dieser Film diente der Polizei anschließend als Beweismittel.¹⁷

Das Verbot der Herstellung pornographischer Schriften regelt der § 184 StGB in Absatz 1. Unterschieden wird des Weiteren noch zwischen der Herstellung von gewalt- oder tierpornografischen Schriften (§ 184a) und der Herstellung von kinder- beziehungsweise jugendpornographischen Schriften (§§ 184 b – 184 c). In all diesen Fällen ist nicht nur die Verbreitung, sondern auch die Herstellung unzulässig und somit strafbar. Je nach Vergehen wird dem Angeklagten eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren verhängt.

Im August 2013 verurteilte das Bonner Landgericht einen Fotografen zu viereinhalb Jahren Haft und einem fünfjährigen Fotografierverbot für Models unter 21 Jahren. Neben dem schweren sexuellen Missbrauch von zwei Kindern, wurde er auch der Herstel-

¹⁶ Vgl. Güner Balci und Anna Reimann, 13.06.2006

¹⁷ Vgl. aki/dpa, 19.06.2006

lung von Fotos mit kinderpornografischem Inhalt in 20 Fällen für schuldig erklärt.¹⁸ Der 46-Jährige Mann lockte junge Mädchen mit der Aussicht auf eine vermeintliche Karriere als Model zu sich. Bei den ersten Treffen, bei denen auch meist die Eltern der Mädchen dabei waren, nutzte der Mann die Gelegenheit, um eine Vertrauensbasis herzustellen. Eins der Mädchen, das ihn später anzeigte, berichtete, dass er, gleich beim ersten Treffen ohne ihre Begleitpersonen, Nacktaufnahmen von ihr anfertigen wollte und es kurz darauf auch zu sexuellen Handlungen kam. Diese soll er dann auch fotografiert und gefilmt haben. Fünf Mädchen zeigten den Mann an, wie viele ihm tatsächlich in die Falle gegangen sind, ist nicht bekannt.

4.1.3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht definiert sich durch Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“¹⁹ Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist aber auch strafrechtlich geschützt. So verbietet § 201a StGB die Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen. Daraus ergibt sich, dass es unzulässig ist unbefugt Fotografien von einer Person anzufertigen, die sich in einer Wohnung, einem Haus oder in einem gegen Einblicke besonders geschützten Raum befindet. Durch die Verletzung des höchstpersönlichen Lebensraumes kann es zu einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe kommen.

So stand erst 2013 ein Gynäkologe im pfälzischen Frankenthal vor Gericht. Der Vorwurf: Er soll über Jahre hinweg heimlich insgesamt 36.146 Lichtbilder von seinen Patienten angefertigt haben. Er fotografierte die nackten Genitalien der Frauen, an denen er mit Gegenständen und mit seinen Händen Handlungen durchführte. Außerdem machte er unbemerkt Aufnahmen von den nackten Patientinnen auf dem Behandlungstuhl oder in der Umkleidekabine. Damit hat er den höchstpersönlichen Lebensbereich der Patientinnen verletzt und wurde von mehr als tausend Frauen auf Schmerzensgeld verklagt.²⁰ Der Gynäkologe machte sich auch des sexuellen Missbrauchs in drei Fällen schuldig und wurde zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Gerade für Personen der Zeitgeschichte ist der § 201a StGB von großem Vorteil. Als Personen der Zeitgeschichte zählen die Menschen, die aufgrund ihres Berufs oder ihres Amtes regelmäßig der öffentlichen Wahrnehmung ausgesetzt sind, wie zum Bei-

¹⁸ Vgl. Klein Rita, 28.08.2013

¹⁹ Vgl. Art. 2 Abs. 1 GG

²⁰ Vgl. ulz/dpa, 11.11.2013

spiel Politiker, bekannte Sportler, Schauspieler und weitere. Lichtbilder von diesen Personen dürfen auch ohne deren ausdrückliche Einwilligung erfolgen, wenn sie dem Informationsinteresse der Allgemeinheit dienen. Dies ist der Fall, wenn über ihre berufliche Tätigkeit (z.B. Dreharbeiten zu einem neuen Film, Koalitionsverhandlungen, bekannte Fussballmannschaft beim Trainingslager, etc.) oder über wesentliche Ereignisse in ihrem Privatleben (z.B. Heirat, Scheidung, Geburt eines Kindes, etc.) berichtet wird. Alles was darüber hinausgeht stellt einen Eingriff in die Privatsphäre dar und somit ist auch das Fotografieren von Personen der Zeitgeschichte in bestimmten privaten Situationen unter Strafe gestellt. Das erschwert vor allem den Paparazzi die Arbeit, da es nun auch nicht mehr möglich ist Prominente in ihrem privaten Lebensbereich, zum Beispiel beim Sonnen in ihrem Garten durch eine Hecke hindurch zu fotografieren.

So heißt es in einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 19. Dezember 1995: „Das Recht auf Achtung der Privatsphäre sei Ausfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, das jedermann einen autonomen Bereich der eigenen Lebensgestaltung zustehe, in der er seine Individualität unter Ausschluss anderer entwickeln und wahrnehmen könne. Dazu gehöre das Recht, für sich zu sein und "sich selber zu gehören". Das Recht auf Achtung der Privatsphäre könne jedermann [...] für sich in Anspruch nehmen.“²¹

Die Berichterstattung über Details aus dem Privatleben Prominenter wurde vor allem durch ein Urteil, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2004 fällte, eingeschränkt. Prinzessin Caroline von Hannover (zuvor Prinzessin von Monaco) versuchte bereits seit Anfang der 1990er Jahre in verschiedenen europäischen Ländern die Herstellung und Verbreitung von Fotos aus ihrem Privatleben zu untersagen. Vertreten durch ihren Rechtsanwalt Matthias Prinz rief sie im Jahr 2004 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Dieser entschied in letzter Instanz, dass durch die Bilder das „Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens“²² verletzt worden sei. Die Öffentlichkeit möge zwar ein Recht auf Informationen über das Leben von Prominenten haben, diese erstrecke sich aber nicht auf das allgemeine Verhalten im Privatleben oder das Alltagsleben. Noch dazu wurden die Fotos ohne Einwilligung und heimlich angefertigt und können nicht „als Beitrag zu einer Debatte von allgemeinem öffentlichem Interesse angesehen werden, da die Beschwerdeführerin dabei kein öffentliches Amt ausübt und die strittigen Fotos und Artikel ausschließlich Einzelheiten ihres Privatlebens betreffen.“²³

²¹ Vgl. Urteil des BGH, 19.12.1995

²² Vgl. Artikel 8, Europäische Menschenrechtskonvention

²³ Vgl. „Caroline Urteile“, 14.08.2013

Einwilligung

Liegt eine Einwilligung des Abgebildeten vor, ist die Herstellung eines Lichtbildes allerdings zulässig.²⁴ Diese liegt vor, wenn sich der Betroffene mit der Anfertigung einer Fotografie einverstanden erklärt und zuvor seine Einwilligung dazu gibt. Will man eine Aufnahme eines Minderjährigen anfertigen ist die Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters notwendig, ist das abgebildete Kind bereits grundrechtsmündig²⁵ ist auch die Einwilligung des Kindes selbst notwendig.

Es gibt zwei Möglichkeiten eine Einwilligung zu erteilen:

- Ausdrücklich *oder*
- stillschweigend.

Eine ausdrückliche Einwilligung kann sowohl mündlich als auch schriftlich erfolgen. Am sichersten ist es, sich die Einwilligung schriftlich bestätigen zu lassen. Man sollte die Person(en), die man fotografieren möchte, genau darüber informieren was man vorhat und zu welchem Zweck man die Bilder aufnehmen möchte. Außerdem sollte man angeben, wo die Bilder veröffentlicht werden sollen. So eine Einwilligung kann zum Beispiel auch zeitlich oder sachlich begrenzt sein.

Bei einer stillschweigenden Einwilligung ist es notwendig, dass sich aus dem Verhalten des Abgebildeten eindeutig ergibt, dass er mit der Herstellung einer Aufnahme einverstanden ist. Das nennt man auch konkludentes Handeln beziehungsweise schlüssiges Verhalten. Die Person, die aufgenommen werden soll, gibt sozusagen stillschweigend seine Einwilligung. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Reporter einer Fernsehanstalt auf der Straße Fußgänger zu aktuellen Themen befragen. Man geht davon aus, dass dem Befragten der Zweck der Aufnahme klar ist. Geht man nun auf ein Gespräch mit dem Reporter ein und beantwortet man ihm seine Fragen, nimmt man also aktiv an den Dreharbeiten teil, dann erklärt man sich stillschweigend dazu bereit, dass die Aufnahmen angefertigt und dann auch veröffentlicht werden.

Trotz der stillschweigenden Einwilligung, ist es nicht möglich das Bild für jeden beliebigen Zweck zu veröffentlichen, die Einwilligung bezieht sich nur auf die Art der Veröffentlichung, zu deren Zweck die Aufnahmen angefertigt wurden. Die Aufnahmen, die zum Beispiel für die Fernsehumfrage erstellt wurden dürfen auch später nicht für Werbezwecke verwendet werden.

²⁴ Vgl. § 22 KunstUrhG

²⁵ In der Regel ab 14 Jahren

Der § 22 KunstUrhG besagt außerdem, dass die Einwilligung im Zweifel als erteilt gilt, wenn der Abgebildete für die Aufnahmen entlohnt wurde. Wenn man aber ein Model für ein Fotoshooting bucht und auch dafür bezahlt, sollte man trotzdem einen sogenannten Model-Release-Vertrag verfassen, um sich rechtlich abzusichern. Im Übrigen arbeiten professionelle Models ohnehin nur mit Vertrag.

Ist eine Einwilligung einmal erteilt ist ein Widerruf nur unter besonderen Umständen möglich, zum Beispiel kann teilweise ein Wandel der persönlichen Einstellung oder Lebensumstände als wichtiger Grund gesehen werden. Ein wichtiger Grund ist zum Beispiel dann nicht gegeben, wenn die Aufnahmen im Bereich des Vereinbarten liegen, der Abgebildete aber nicht mit den Aufnahmen zufrieden ist. Ebenso wenig ist ein misslungenes Interview ein ausreichender Grund. Grundsätzlich kann eine einmal erteilte Einwilligung aber nicht widerrufen werden, da der Verwerter der Aufnahmen auch an einer gewissen Rechtssicherheit interessiert ist.

4.1.4 Ausübende Künstler

Als ausübenden Künstler versteht man nach § 73 UrhG eine Person, die „ein Werk oder eine Ausdrucksform der Volkskunst aufführt, singt, spielt oder auf eine andere Weise darbietet oder an einer solchen Darbietung künstlerisch mitwirkt“. Das Urheberrechtsgesetz schützt die Rechte des Künstlers und räumt ihm das ausschließliche Recht ein seine Darbietung auf Bild- oder Tonträger aufzunehmen.²⁶ Wird die Darbietung des Künstlers von einem Unternehmen veranstaltet, was meist bei Konzerten, Theaterstücken usw. der Fall ist, dann stehen die Rechte, die nach § 77 UrhG dem Künstler zu stehen, auch dem Inhaber des Unternehmens zu.²⁷ Somit liegt es allein im Ermessen des Künstlers und des Veranstalters eine Erlaubnis zum Fotografieren zu erteilen oder nicht.

Bei Konzerten beispielsweise handelt es sich in der Regel nicht um öffentliche sondern um private Veranstaltungen, daher kann der Veranstalter aufgrund seines Hausrechts entscheiden, wenn er zu den Konzerten zulässt und wen nicht.²⁸ Unter dem Begriff des Hausrechts versteht man in erster Linie den Hausfrieden und die Unverletzlichkeit der Wohnung.²⁹ Nach dem Wortlaut des § 903 BGB kann der Eigentümer einer Sache, wie zum Beispiel einem Haus, mit dieser Sache nach Belieben verfahren und andere

²⁶ Vgl. § 77 Abs. 1 UrhG

²⁷ Vgl. § 81 UrhG

²⁸ Siehe auch „5.3 Hausrecht“

²⁹ Vgl. Art. 13 GG

von jeder Einwirkung ausschließen, sofern nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen.

Daher ergibt sich, dass das Anfertigen von Fotos bei einem Konzert oder ähnlichem, ohne ausdrückliche Genehmigung meist unzulässig ist. Damit aber eine Berichterstattung über die Veranstaltung möglich ist, erhalten Fotografen von Agenturen und Redaktionen eine Akkreditierung. Diese geht mit allerhand Einschränkungen einher: zum Beispiel ist das Fotografieren nur von bestimmten Positionen aus erlaubt und in der Regel darf nur während der ersten drei dargebotenen Lieder der Künstler fotografiert werden.



Abbildung 8: Konzertfotograf im Pressegraben

Als freier Fotograf oder gar als Hobbyfotograf wird man mit großer Sicherheit kaum eine solche Akkreditierung erhalten. Man kann dann die Veranstaltung nur als „normaler Zuschauer“ besuchen. In diesem Fall ist es, aufgrund des „Fotografierverbotes“ nur gestattet Bilder mit einem Mobiltelefon oder einer kleinen Digitalkamera zu erstellen. Sollte man professionelles Equipment bei sich tragen, kann einem der Veranstalter den Einlass zu dem Konzert verweigern.

5 Lichtbilder von Sachen

Bei der Herstellung von Sachaufnahmen ist grundsätzlich keine Einwilligung des Eigentümers erforderlich. Als Sachaufnahme versteht man Fotografien von Autos, Gebäuden, Gärten, Landschaften und weitere. Auch Aufnahmen von Tieren gehören hier-

zu, da für Tiere laut § 90a BGB „die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden“ sind.

5.1 Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Eigentümers oder Besitzers

Ist eine Sache eng mit einer Person verbunden so kann bei der Fotografie der Sache das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Eigentümers oder Besitzers betroffen sein. Als mit einer Person eng verbunden kann man zum Beispiel persönliche Räumlichkeiten oder ein Tagebuch ansehen. Das ist aber eher selten der Fall.

Grundsätzlich besteht allein durch den Besitz oder das Eigentum an einer Sache kein Recht, dass man Dritten die Abbildung der Sache durch Anfertigen eines Fotos untersagt. So ist es auch erlaubt, Aufnahmen von Fahrzeugen herzustellen und auch zu veröffentlichen, bei denen auch das KFZ-Kennzeichen sichtbar ist. Denn allein dadurch entsteht kein Bezug zur Person, denn dem Normalbürger ist es nicht möglich anhand eines Kennzeichens den Besitzer eines Fahrzeugs herauszufinden. Um sich rechtlich abzusichern, ist es aber in jedem Fall ratsam, das Kennzeichen unkenntlich zu machen.

Das Fotografieren des eigenen Hauses durch Fremde darf man im Übrigen auch nicht untersagen, solange das Lichtbild von einem öffentlich zugänglichen Standpunkt aus aufgenommen wird. Ein bekannter Fall zu diesem Thema ist das Urteil zum „Friesenhaus“. Der Kläger ist der Eigentümer eines im typisch friesischen Stil errichteten Hauses auf der Insel Sylt. Der Beklagte verwendete eine Aufnahme von der Frontansicht des Hauses, welche von der Straße aus einsehbar ist, für Werbezwecke. Der Kläger sah darin sein Eigentumsrecht verletzt. Die Klage wurde jedoch abgewiesen. Nach Ansicht des Berufungsgerichts stelle „das Fotografieren eines Hauses von einer allgemein zugänglichen Stelle außerhalb des Grundstücks [...] keine Eigentumsstörung dar, weil es an einer unmittelbaren und fühlbaren Einwirkung auf das Eigentum fehle“.³⁰ Weiter führten sie aus „wenn es danach erlaubt sei, sogar unter Urheberrechtsschutz stehende Gebäude an öffentlichen Straßen zu fotografieren und die Fotografien gewerblich zu nutzen, so könne dies unter dem Blickwinkel des Eigentums an diesem Gebäude nicht untersagt werden“.³¹ Aus diesen Gründen muss jeder Hausbesitzer dulden, wenn sein Haus von öffentlich zugänglichen Bereichen aus fotografiert wird und die Bilder anschließend vielleicht sogar veröffentlicht oder gewerblich genutzt werden.

³⁰ Vgl. Urteil des BGH, Aktenzeichen: I ZR 54/87, 09.03.1989

³¹ Vgl. Urteil des BGH, Aktenzeichen: I ZR 54/87, 09.03.1989

Kann man aber die Aufnahme von zum Beispiel einem Haus eindeutig dem Besitzer zuordnen, dann verletzt diese Sachaufnahme das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Bewohners. Der Wohnort verliert dadurch seine Eignung als Rückzugsort und den Schutz vor dem breiten Publikum. Zum Beispiel veröffentlichte eine Zeitschrift Luftbildaufnahmen von den Villen und Häusern unterschiedlicher Prominenten mit der Angabe von Adressen und Namen der Prominenten und Wegbeschreibungen zu den Häusern. Eine Betroffene erhob eine Klage gegen den Fotografen, der Klage wurde stattgegeben. Da durch die Veröffentlichung in die Privatsphäre eingegriffen wird, welche durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht geschützt wird. Das Verbreiten der Wegbeschreibung sei auch zu unterlassen, da jeder selbst entscheiden darf, ob und welche persönlichen Daten an die Öffentlichkeit gelangen. Das ergibt sich durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.



Abbildung 9: Friesenhaus von öffentlich zugängigem Bereich fotografiert

Da Tiere rein gesetzlich wie Sachen zu behandeln sind, ist es auch rechtmäßig, wenn man Lichtbilder von den Tieren anderer anfertigt. Auch die Veröffentlichung und die gewerbliche Nutzung sind zulässig. Denn da es kein Recht am Bild der eigenen Sache gibt, gibt es somit auch kein Recht am Bild des eigenen Tieres. Aus diesem Grund wies das Oberlandesgericht München am 13.06.2013 die Klage einer Hundebesitzerin ab. Diese forderte Schadensersatz, weil ein Foto von ihrem Mops namens „Sir Henry“ für das Titelblatt eines Hundekalenders verwendet wurde und nicht wie angeblich vereinbart nur für den Innenteil. Der Anwalt der Klägerin argumentierte mit der Bekanntheit des Hundes, dem wie jedem anderen Fotomodell ein Lizenzentgelt zustehe. Die Klage wurde abgewiesen, da keine Eigentumsverletzung vorliegt, wenn fremde Tiere beziehungsweise Sachen fotografiert werden.



Abbildung 10: Titelblatt des Hunde-
kalender mit dem Mops Sir Henry

5.2 Urheberrecht

Ob es zulässig ist bestimmte Sachen zu fotografieren hängt häufig vom Urheberrecht ab. Als urheberrechtlich geschützte Werke gelten nach § 2 UrhG Werke der bildenden Künste, Werke der Baukunst, der angewandten Kunst und Entwürfe solcher Werke, Lichtbildwerke und solche die ähnlich geschaffen werden, Darstellungen wissenschaftlicher Art, wie Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen und plastische Darstellungen. Werke müssen auch ein gewisses Maß an Individualität vorweisen, eine persönliche geistige Schöpfung sein, um als solches zu gelten und Urheberrechtsschutz zu erhalten. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Schöpfungshöhe.³² Die Anforderungen hierfür sind allerdings eher gering. Werke, die an der unteren Grenze eines gerade eben noch urheberrechtlich geschützten Werkes liegen, werden als „Kleine Münze“ bezeichnet.

Ist eine Sache urheberrechtlich geschützt so ist nach § 16 UrhG die Vervielfältigung des Werkes verboten. Somit ist bereits die Herstellung eines Lichtbildes von solcher Sache unzulässig. Da dies aber dann auf die meisten Sachen zutreffen würde gibt es Ausnahmen, bei denen die Anfertigung einer Fotografie rechtlich unbedenklich ist. Die sogenannten Schranken des Urheberrechts sind in Teil 1, Abschnitt 6 des UrhG in

³² Vgl. „Schöpfungshöhe“, Lexikon, Juraforum

den § 44a – 63a festgelegt und lassen sich systematisch in Begrenzungen zugunsten der Kulturwissenschaft, einzelner Nutzer oder der Allgemeinheit unterteilen.

Die meisten Schranken des Urheberrechts beziehen sich auf die Veröffentlichung und Verbreitung von Bildern, daher möchte ich diese nicht näher behandeln. Dabei handelt es sich um folgende Paragraphen:

- § 44a Vorübergehende Vervielfältigungshandlungen
- § 46 Sammlungen für Kirchen, Schul- oder Unterrichtsgebrauch
- § 47 Schulfunksendungen
- § 48 Öffentliche Reden
- § 49 Zeitungsartikel und Rundfunkkommentare
- § 51 Zitate
- § 52 Öffentliche Wiedergabe
- § 55 Vervielfältigung durch Sendeunternehmen
- § 56 Vervielfältigung und öffentliche Wiedergabe in Geschäftsbetrieben
- § 58 Werke in Ausstellungen, öffentlichem Verkauf und öffentlich zugänglichen Einrichtungen
- § 61 Verwaiste Werke

Des Weiteren besagt der § 62 UrhG, dass keine Änderungen an einem Werk vorgenommen werden dürfen, auch wenn die Benutzung des Werkes laut den Bestimmungen dieses Abschnitts zulässig ist. Auch dürfen der Titel und die Bezeichnung des Urhebers nicht geändert werden.³³ Bei der Vervielfältigung eines Werkes oder eines Teils davon ist in jedem Fall die Quelle deutlich anzugeben.³⁴

Das Urheberrecht erlischt erst siebenzig Jahre nach dem Tod des Urhebers³⁵, wenn das Urheberrecht mehreren Miturhebern zusteht, dann erlischt es erst siebenzig Jahre nach dem Tod des Miturhebers, der am längsten lebt.³⁶ Wenn der Urheber eines Werkes unbekannt ist, dann erlischt das Urheberrecht siebenzig Jahre nach dessen Veröffentli-

³³ Vgl. § 39 UrhG

³⁴ Vgl. § 63 UrhG

³⁵ Vgl. § 64 UrhG

³⁶ Vgl. § 65 Absatz 1 UrhG

chung, bereits siebenzig Jahre nach der Schaffung des Werkes erlischt das Urheberrecht dann, wenn das Werk während dieser Frist nicht veröffentlicht wird.³⁷

Im folgenden werde ich auf jene Schranken eingehen, die die Herstellung von Lichtbildern betreffen.

5.2.1 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

Diese Schranke dient vor allem der Erleichterung der Beweisführung. So ist es nach § 45 UrhG zulässig, einzelnen Vervielfältigungsstücke herzustellen oder herstellen zu lassen, um diese in Verfahren vor Gerichten, Schiedsgerichten oder Behörden zu verwenden.

Im Jahr 1998 verklagte eine Frau ihrem Ex-Mann wegen Verletzung des Urheberrechts. Dieser legte in einem vorherigen Verfahren, einen noch unveröffentlichten künstlerischen Text von ihr, ohne ihre Einwilligung, als Beweismittel vor. Aufgrund der Ausnahmebestimmungen in § 45 Absatz 1 UrhG fällt ihm eine Verletzung des Urheberrechts nicht zur Last. Er legte den Text als Beweismittel vor, um auf diese Weise den Vortrag der Klägerin zu ihrer fehlenden Erwerbsfähigkeit zu entkräften. Somit sind in diesem Streitfall alle Voraussetzungen erfüllt.

5.2.2 Berichterstattung über Tagesereignisse

Dient eine Fotografie zum Beispiel der Berichterstattung über Tagesereignisse, dann erlaubt der § 50 UrhG die Vervielfältigung eines urheberrechtlich geschützten Werkes. Es handelt sich dann um ein Tagesereignis, wenn das Ereignis aktuell ist und daran öffentliches Interesse besteht. Der Umfang in dem das Werk aufgenommen wird muss dem Zweck der Berichterstattung dienen.

Im Jahr 2010 klagte eine Künstlerin, da ein Bild ihrer urheberrechtlich geschützten Skulptur in einem Zeitungsartikel abgedruckt wurde, in dem es um den 250.000. Besucher einer Ausstellung ging. Da der nötige Bezug zu dem Werk fehlte, konnte die Ausnahme nach § 50 UrhG nicht geltend gemacht werden. Der Klage wurde stattgegeben und der Beklagte wurde dazu verpflichtet der Klägerin das Abdruckhonorar zu zahlen.³⁸

³⁷ Vgl. § 66 Absatz 1 UrhG

³⁸ Vgl. AG München, Urteil von 13.08.2010, Az. 161 C 7783/10

5.2.3 Privater Gebrauch

Eine weitere Ausnahme wird durch den § 53 UrhG festgelegt. Demnach ist es zulässig einzelne Vervielfältigungen eines Werkes anzufertigen, wenn diese ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt sind. Sie dürfen weder „unmittelbar oder mittelbar Erwerbszwecken dienen“³⁹. Es ist auch zulässig die Aufnahmen durch jemand anderen anfertigen zu lassen, solange dies unentgeltlich geschieht.

Die Herstellung einzelner Vervielfältigungsstücke eines Werkes ist in folgenden Fällen möglich:

- zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch, zum Beispiel für den Schulunterricht oder für Prüfungen
- zur Aufnahme in ein eigenes Archiv
- zur eigenen Unterrichtung in Tagesfragen
- zum sonstigen eigenen Gebrauch, wenn das Werk seit mindestens zwei Jahren vergriffen ist oder es sich um kleine Teile eines erschienenen Werkes handelt.⁴⁰

Nach § 53 Absatz 7 UrhG ist die Aufnahme von öffentlichen Vorträgen oder Aufführungen auch im privaten Gebrauch nur mit Zustimmung des Berechtigten zulässig, das heißt auch das Aufnehmen von Filmen im Kino ist nicht rechtmäßig.

5.2.4 Unwesentliches Beiwerk

Werke dürfen auch dann vervielfältigt werden, wenn es sich dabei um ein unwesentliches Beiwerk handelt.⁴¹ Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn man eine Portraitaufnahme anfertigt bei der im Hintergrund das Gemälde eines Künstlers zu sehen ist. Dieses Gemälde ist nach § 2 Abs. 1 UrhG urheberrechtlich geschützt. Wenn man das Gemälde aber austauschen könnte ohne die Gesamtwirkung des Hauptgegenstandes im Bild zu beeinträchtigen, dann könnte man dieses Werk als unwesentliches Beiwerk bezeichnen. Bei den meisten Gemälden wäre dies aber nicht möglich, weil man genau durch eben dieses Gemälde eine bestimmte Bildwirkung erzielen möchte. Tauscht man das Bild aus, dann verändert man auch die Bildwirkung.

Im Jahr 2008 wurde die Klage des Designers eines T-Shirts auf Unterlassung, Auskunft und Schadensersatz abgewiesen, da nach § 57 UrhG unwesentliches Beiwerk

³⁹ Vgl. § 53 Abs. 1 UrhG

⁴⁰ Vgl. § 53 Absatz 2 UrhG

⁴¹ Vgl. § 57 UrhG

vorliegt. Auf dem Titelblatt einer Zeitschrift mit der Titelgeschichte „Beruf und Karriere. Was soll ich werden“ war ein junger Mann zu sehen, der ein T-Shirt des Klägers trägt. Das Motiv des Shirts steht im Bezug zu der amerikanischen Fernsehserie „Fallguy“ aus den 80er Jahren. Der Titel „Fallguy“ ist ein Synonym für Stuntman und da dies ein Beruf sei, würde der junge Mann, nach Ansicht des Klägers, durch das Tragen dieses Shirts seinen Wunsch ausdrücken, den Beruf des Stuntmans zu ergreifen. Somit sei ein Bezug zur Titelgeschichte hergestellt. Die Klage wurde abgewiesen, da ein objektiver Betrachter durch die Wahl des T-Shirts keinen geäußerten Berufswunsch herauslesen könne. Vor allem, weil das Motiv in keiner Weise klar einem bestimmten Beruf zuzuordnen ist. Das T-Shirt wirkt wie zufällig gewählt und erscheint als unwesentliches Beiwerk nach § 57 UrhG.

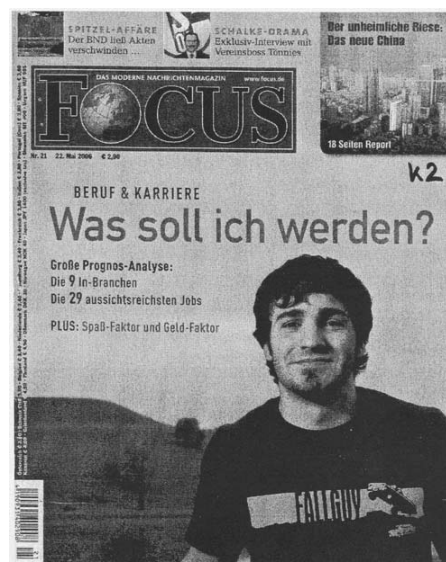


Abbildung 11: Titelbild mit T-Shirt als unwesentliches Beiwerk

5.2.5 Panoramafreiheit

Des Weiteren dürfen nach § 59 UrhG Werke, die sich bleibend an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden durch Lichtbilder festgehalten und vervielfältigt werden, ohne die sonst dafür erforderliche Genehmigung.

Die Lichtbilder müssen allerdings von einem öffentlichen Weg, einem Platz oder einer Straße aus gemacht werden. Es ist nicht zulässig die Aufnahmen von einem gegenüberliegenden Gebäude (auch wenn man eine Genehmigung zum Betreten des Gebäudes hat) oder aus der Luft anzufertigen, man muss sich bei der Herstellung auf ei-

nem öffentlichen Grund befinden. Als öffentlichen Grund bezeichnet man einen Aufnahmeort, wenn er für jeden frei zugänglich ist. Es ist auch nicht gestattet Werke zu fotografieren, die sich innerhalb eines öffentlich zugängigen Gebäudes befinden, wie zum Beispiel Bahnhofshallen oder Universitäten.

Auch Werke, die nur vorübergehend ausgestellt sind dürfen nicht abgelichtet werden, da es sich nach § 59 UrhG nicht um ein auf Dauer bleibendes Werk handelt. Als bleibend wird ein Werk auch dann angesehen, wenn es sich für seine natürliche Lebensdauer an einem öffentlichen Platz befindet. Als bleibendes Werk zählen aber zum Beispiel keine zeitweiligen Kunstprojekte.

Auch bei dem Kunstprojekt „Verhüllter Reichstag“ der Künstler Christo und Jeanne-Claude handelte es sich um solch eine zeitlich befristete Präsentation. Ein Berliner Postkartenverlag, der Postkarten mit diesem Kunstwerk als Motiv anfertigte, wurde von den Künstlern auf Unterlassung verklagt, da es sich nicht um ein bleibendes Werk handle. Der Bundesgerichtshof schloss sich dieser Sichtweise an und bestätigte die auf Unterlassung gerichtete Verurteilung.⁴²



Abbildung 12: Hundertwasserhaus in Wien, von der Straße aus fotografiert

Die Panoramafreiheit bezieht sich des Weiteren auch nur auf die Außenansicht eines Gebäudes. Möchte man Innenaufnahmen machen oder Werke im Gebäudeinneren fotografieren, dann benötigt man die Einwilligung des Urhebers oder die Zustimmung des Inhabers des Hausrechts.⁴³

⁴² Vgl. Pressestelle des Bundesgerichtshofs, 24.01.202

⁴³ Vgl. „5.4 Hausrecht“

Wenn keine dieser Ausnahmeregelungen zutrifft, dann ist die Herstellung eines Lichtbildes von einer urheberrechtlich geschützten Sache nur mit der Zustimmung des Urhebers oder eine durch ihn legitimierte Person zulässig.

5.2.6 Bildnisse

Laut § 60 UrhG dürfen Bildnisse, die auf Bestellung angefertigt wurden, vom Besteller oder vom Abgebildeten vervielfältigt werden und zu nicht gewerblichen Zwecken verbreitet werden. „Handelt es sich bei dem Bildnis um ein Werk der bildenden Künste, so ist die Verwertung nur durch Lichtbild zulässig.“⁴⁴

Das Landgericht Köln entschied im Jahr 2006, dass es nicht zulässig ist, ein bei einem Fotografen in Auftrag gegebenes und bezahltes Bewerbungsbild im Internet zu veröffentlichen. Es handelt sich um ein urheberrechtlich geschütztes Lichtbild und die alleinigen Nutzungsrechte liegen beim Fotografen. Auch aus dem § 60 UrhG ergibt sich kein solches Nutzungsrecht. Denn diese Vorschrift berechtigt nur zur Vervielfältigung und Weitergabe der Aufnahme an einzelne Dritte und nicht zur öffentlichen Zugänglichmachung des Lichtbilds.⁴⁵

5.3 Militärische Anlagen

Wenn die zuständige Landesbehörde eine militärische Anlage, wie zum Beispiel eine Kaserne, zu einem Schutzbereich erklärt hat, dann besteht ein gesetzliches Fotografierverbot für diese Anlage. Laut § 109g StGB kann die Abbildung „von einem Wehrmittel, einer militärischen Einrichtung oder Anlage oder einem militärischen Vorgang“ mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe belegt werden. Allerdings nur, wenn dadurch wesentlich die Schlagkraft der Truppe oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird. Dasselbe gilt für Luftbildaufnahmen, die von einer militärischen Anlage angefertigt werden. Bereits der Versuch ist strafbar.⁴⁶ Fotografiert man die militärischen Anlagen unwissentlich oder nur zufällig, dann ist dies straflos.

5.4 Hausrecht

Der Eigentümer einer Sache kann mit dieser Sache nach „Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen“, siehe § 903 BGB. Handelt es sich bei der

⁴⁴ Vgl. § 60 Absatz 1 UrhG

⁴⁵ Vgl. Urteil des OLG Köln vom 19.12.2003, Az. 6 U 91/03

⁴⁶ Vgl. § 109 g Abs. 3 StGB

Sache um ein Grundstück, ein Haus oder eine Wohnung, dann hat der Besitzer das Recht zu bestimmen, wer eben dieses betreten darf und wer nicht. Auch kann er die Einwilligung in das Betreten beschränken und somit bestimmen, wie man sich zu verhalten hat. So liegt es in der Entscheidung des Besitzers, ob Lichtbilder hergestellt werden dürfen. Wenn mal also beispielsweise ein Haus betreten darf, berechtigt einen das allerdings nicht zwangsläufig dazu auch Fotografien erstellen zu dürfen.

Bei Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind, ist dies meist in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelt. Auch der Erwerb einer Eintrittskarte beinhaltet noch keine Fotografierlaubnis, denn diese Eintrittskarte berechtigt zum Betreten, nicht zum kommerziellen Fotografieren. In der Tierparkordnung des Münchener Tierparks Hellbrunn ist zum Beispiel folgendes festgelegt: „Gewerbliche Aufnahmen sind nur nach vorheriger Zustimmung durch die Münchener Tierpark Hellbrunn AG erlaubt“.⁴⁷ Für private Zwecke ist das Fotografieren erlaubt beziehungsweise erwünscht.

Die meisten Unternehmen, die öffentlich zugängliche Örtlichkeiten betreiben, werden sich in Ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen gegen unrechtmäßige Fotografie absichern. So ist auch zum Beispiel in Sportstätten und Museen, das Anfertigen von Fotografien für gewerbliche Zwecke untersagt oder nur mit vorheriger Zustimmung möglich. Nur so kann auch gewährleistet werden, dass die übrigen Besucher von einer Ausstellung beispielsweise, nicht durch Fotoaufnahmen gestört oder behindert werden.

Die Pinakothek der Moderne in München behält es sich außerdem vor, für gewerbliche Aufnahmen oder Fotoaufnahmen, die keine aktuelle Berichterstattung beinhalten, Gebühren zu erheben. Dies hat den Grund, dass durch Fotoaufnahmen ein zusätzlicher hoher finanzieller und personeller Aufwand entsteht. Denn alle Aufnahmen werden beispielsweise durch Sicherheitsmitarbeiter beaufsichtigt.

Des Weiteren haben Museen oder andere Ausstellungsorte das Anliegen und die Verpflichtung, die ausgestellten Kunstwerke vor allen äußeren Einwirkungen zu schützen. Aus diesem Grund gibt es oft sehr genaue Richtlinien, nach denen bei Fotoaufnahmen gearbeitet werden muss. Es kann zum Beispiel verboten sein mit Blitzlicht zu fotografieren. Die Informationen zu den technischen Einschränkungen und Möglichkeiten innerhalb der Ausstellungsräume findet man bei der Münchener Pinakothek der Moderne zum Beispiel unter „Sicherheitshinweise für Film- und Fototeams“.⁴⁸

Das Hausrecht gilt auch im öffentlichen Nahverkehr, wie Zügen und Bussen. Somit kann es einem auch dort untersagt sein, Fotografien anzufertigen. So erklärte das

⁴⁷ Vgl. Tierparkordnung, Stand 26.04.2013

⁴⁸ Vgl. Anhang 1

Kammergericht Berlin Fernsehaufnahmen ohne die Genehmigung der Bahn AG für unzulässig. Ein Filmteam wollte, mit Hilfe von versteckten Kameras, einen redaktionellen Beitrag zum Thema Kriminalität drehen, erhielt aber keine Drehgenehmigung. Sie fertigten die Aufnahmen trotzdem an und bevor es zur Veröffentlichung kam, klagte die Bahn AG auf Unterlassung. Da es gegen das Hausrecht verstoße, entgegen des ausdrücklichen Willens der Bahnverwaltung Aufnahmen anzufertigen, sei dies unzulässig. Da es sich eben nicht um eine Berichterstattung der Tagesereignisse handelte, sondern um einen redaktionellen Bericht, habe der Inhaber des Hausrechts die Möglichkeit Dreharbeiten zu verbieten. Um die Fahrgäste vor Unannehmlichkeiten zu schützen, sei das Interesse der Bahn, die Dreharbeiten mit der versteckten Kamera zu verbieten, berechtigt.⁴⁹

Bei Unklarheiten ist es wie immer am besten sich eine ausdrückliche Erlaubnis (am besten schriftlich) einzuholen, um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen. Wenn es nicht sicher ist, ob es eine Hausordnung gibt, dann geht es im Zweifelsfall meist zu Lasten des Fotografen.

5.5 Markenrecht und Designrecht

Durch das Markenrecht werden die Bezeichnungen von Produkten im geschäftlichen Verkehr geschützt. Bei den Markenrechten kann man zwischen Wort- und Bildmarken unterscheiden. Nach einer genauen Überprüfung, ob eventuell schon ältere Rechte zu einer Marke bestehen, kann man seine Marke, wie zum Beispiel die Darstellung eines Logos beim deutschen Patent- und Markenamt registrieren lassen. Nach einer dreimonatigen Widerspruchsfrist ist die Marke formell bestandskräftig und man kann nun das ®-Zeichen zu seiner Marke hinzufügen.⁵⁰ Des weiteren kann man auch ein Design eintragen und somit schützen lassen. Das früher sogenannte Geschmacksmuster ist auch ein gewerbliches Schutzrecht und befugt seinen Inhaber zur ausschließlichen Benutzung einer „ästhetischen Erscheinungsform“.⁵¹

Auf Europäischer Ebene ist es auch möglich ein sogenanntes Gemeinschaftsgeschmacksmuster eintragen zu lassen. Dies ist zum Beispiel möglich für Logos, Produktverpackungen, Schrifttypen, Web-Design und vieles mehr. Die Eintragung muss beim „Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)“ erfol-

⁴⁹ Vgl. KG Berlin, 30.11.1999, 9 U 8222/99

⁵⁰ ® steht für „Registered Trade Mark“ (deutsch: eingetragene Marke)

⁵¹ Vgl. Eingetragenes Design, 09.01.2014

gen (Kurzform: HABM oder englisch OHIM).⁵² Für solch einen Schutz sind eine Eigenart und Neuheit des neuen Design eine wichtige Voraussetzung.

Ohne die Zustimmung des Rechteinhabers dürfen diese Muster nicht benutzt werden. Das heißt man darf keine Lichtbilder davon anfertigen und veröffentlichen. Dies gilt allerdings nur für den gewerblichen Bereich. Davon ausgenommen ist die Abbildung eines Geschmacksmusters zum Zweck des Zitats.

Private Nutzer sind davon nicht betroffen. Eine Rechtsverletzung ergibt sich aber in den meisten Fällen erst durch eine Veröffentlichung und ist daher nicht Inhalt meines Themas.

6 Folgen der Verletzungshandlung

Wenn man nun auf unzulässige Art und Weise ein Lichtbild hergestellt hat, sollte man sich im Klaren darüber sein, welche Konsequenzen dies für einen haben kann. Wenn man zum Beispiel durch die Herstellung eines Fotos die strafrechtlichen Grenzen verletzt, ist eine Verurteilung vor einem Strafgericht sehr wahrscheinlich. Bei einer Anfertigung von Lichtbildern mit Inhalten wie Volksverhetzung, gewaltverherrlichende Darstellungen und bestimmte pornografische Abbildungen kann es im Falle einer Verurteilung sogar zu einer Freiheitsstrafe kommen. Zu einer Strafbarkeit können auch Verstöße gegen andere Rechte führen, zum Beispiel Verstöße gegen das Persönlichkeitsrecht⁵³, gegen das Urheberrecht⁵⁴ oder gegen andere Rechte.

Wenn man unrechtmäßig eine Fotografie anfertigt, dann entstehen dadurch aber nicht nur strafrechtliche Konsequenzen. Der Geschädigte hat außerdem die Möglichkeit mit zahlreichen zivilrechtlichen Mitteln gegen die rechtswidrige Herstellung eines Fotos vorzugehen. Diese Ansprüche werden in der Regel auf dem Weg einer Abmahnung geltend gemacht. Laut § 97a UrhG soll der Verletzte „den Verletzer vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auf Unterlassung abmahnen und ihm Gelegenheit geben, den Streit durch Abgabe einer mit einer angemessenen Vertragsstrafe bewehrten Unterlassungsverpflichtung beizulegen“. In Absatz 2 des § 97a UrhG sind die notwendigen Bestandteile einer Abmahnung festgelegt, damit diese rechtlich wirksam ist.

⁵² Vgl. oami.europa.eu

⁵³ Vgl. § 201a Abs. 1 StGB

⁵⁴ Vgl. § 33 Abs. 1 KunstUrhG, § 106 Abs. 1 UrhG

Wenn man selbst der Geschädigte ist und eine Abmahnung verfassen möchte, dann sollte man sich den Rat eines auf dem Gebiet des Medienrechts tätigen Anwalts einholen, da sonst leicht Fehler entstehen können.

Ebenso sollte man beim Erhalt einer Abmahnung auf die Hilfe eines fachkundigen Anwalts vertrauen. Denn dieser sollte prüfen, ob überhaupt eine Rechtsverletzung vorliegt und ob die geltend gemachten Ansprüche angemessen sind.

Im den nachfolgenden Unterkapiteln möchte ich gerne auf die zivilrechtlichen Mittel eingehen.

6.1 Unterlassung

Der Anspruch auf Unterlassung ist neben dem Schadensersatzanspruch der wahrscheinlich wichtigste Anspruch, der entsteht, wenn gegen eines der vorher beschriebenen Rechte verstoßen wird oder die Gefahr dazu besteht. Um diesen Anspruch zu begründen bedarf es verhältnismäßig weniger Anforderungen. Wurde eines der Rechte bereits verletzt, ist diese Voraussetzung auch schon gegeben. Nun besteht eine berechtigte Wiederholungsgefahr. Der Abgemahnte wird nun in der Regel aufgefordert eine sogenannte „strafbewehrte Unterlassungserklärung“ abzugeben. Darin verpflichtet sich der Erklärende, die beanstandete Handlung in Zukunft nicht mehr vorzunehmen. „Eine Unterlassungserklärung muss so klar und eindeutig bestimmt sein, dass ernsthafte Auslegungszweifel, aber auch Zweifel an ihrer Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit nicht aufkommen können.“⁵⁵ So eine Unterlassungserklärung ist sinnvoll, um gerichtliche Schritte und weitere Kosten zu vermeiden.

Um eine Wiederholungsgefahr auszuschließen, gibt der Erklärende zusätzlich ein Vertragsstrafeversprechen ab. Darin verpflichtet sich der Abgemahnte im Falle eines erneuten Verstoßes eine Strafe an den Abmahner zu bezahlen. Die Höhe, der zu bezahlenden Strafe kann in zwei Formulierungen festgesetzt werden. Die erste Möglichkeit: man kann einen festen Betrag pro Verstoß festlegen. Die Zweite: Die Höhe der Strafe wird vom Unterlassungsgläubiger (dem Verletzten) bei jedem Verstoß neu festgesetzt, die sogenannte Vertragsstrafe nach dem „Neuen Hamburger Brauch“. Nach § 315 BGB sollte die Höhe der Zahlung angemessen sein. Wird also wiederholt eine Rechtsverletzung begangen, dann legt der Unterlassungsgläubiger eine Vertragsstrafe fest, welche dann vom Gericht überprüft wird. Wird die Strafe unangemessen hoch angesetzt, dann müsste der Gläubiger einen Teil der Kosten des Rechtsstreits tragen. Da-

⁵⁵ Vgl. OLG Frankfurt Main, Urteil vom 13.08.2010, Az.: 11 U 7/10

her wird er vermutlich nur so viel fordern, wie er auch vom Gericht zu erwarten hat.⁵⁶ Allerdings wird bei der Vertragsstrafe nach dem neuen Hamburger Brauch, die zu zahlende Strafe bei jedem neuen Verstoß ansteigen.

Die Bedeutung dieses Anspruchs ist daher nicht zu unterschätzen. Es können unter anderem sehr hohe Kosten auf einen zukommen.

6.2 Auskunft

Ein weiterer zivilrechtlicher Anspruch ist der Auskunftsanspruch. Dieser dient meist nur als Hilfsmittel zur Durchsetzung anderer Ansprüche. Denn verletzt jemand eines der oben genannten Rechte, dann kann man seine Ansprüche nur dann in vollem Umfang durchsetzen, wenn man alle Tatsachen kennt. Bei Urheberrechtsklagen ist dieser Anspruch in § 101 UrhG festgelegt, welcher besagt, dass der Verletzte „unverzügliche Auskunft über die Herkunft und den Vertriebsweg der rechtsverletzenden Vervielfältigungsstücke oder sonstigen Erzeugnisse“ vom Verletzer verlangen darf. Der Verletzer des Urheberrechts oder eines anderen nach diesem Gesetz geschützten Rechts, in gewerblichem Ausmaß, ist dann zur Auskunft verpflichtet und muss zu folgenden Punkten Angaben machen:

- Namen und Anschrift der Hersteller, Lieferanten oder anderer Vorbesitzer
- Namen und Anschrift der Nutzer der Dienstleistungen, der gewerblichen Abnehmer und Verkaufsstellen
- Menge der hergestellten, erhaltenen oder bestellten Vervielfältigungsstücke
- Preise die dafür bezahlt wurden.

Der Auskunftsanspruch ist meist Teil einer sogenannten Stufenklage, welche in § 254 ZPO geregelt wird. Sie ist ein Sonderfall der objektiven Klagehäufung. Es werden mehrere verschiedene Klageanträge gestellt über die stufenweise entschieden wird. Die erste Stufe bildet der Auskunftsanspruch, die zweite Stufe ist dann der konkrete Leistungsanspruch. Die Klage kann bereits bei der ersten Stufe abgewiesen werden, wenn sich der Auskunftsanspruch als unbegründet erweist, weil der erwünschte Leistungsanspruch gar nicht besteht.

⁵⁶ „Vgl. Alter Hamburger Brauch, Neuer Hamburger Brauch – Was ist das?“, wettbewerbsberater.de

6.3 Schadensersatz

Grundsätzlich ist jeder, der ein Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, „zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet“, siehe § 823 BGB Schadensersatzpflicht. Wenn also durch die Herstellung eines Fotos ein Persönlichkeitsrecht verletzt wird, kann man den Anspruch auf Schadensersatz geltend machen. Wurde das Bild bisher nur angefertigt ist es in der Regel schwer, den konkreten Schaden, der daraus entstanden ist zu beziffern.

Leichter fällt die Feststellung des tatsächlichen Schadens, wenn ein Bild unzulässig veröffentlicht wird. Vor allem wenn es um Verletzungen des Urheberrechts geht, dann wird die Höhe des Anspruchs durch eine Lizenzanalogie ermittelt. So ergibt sich nach § 97 Absatz 2 UrhG: „Der Schadensersatzanspruch kann auch auf der Grundlage des Betrages berechnet werden, den der Verletzer als angemessene Vergütung hätte entrichten müssen, wenn er die Erlaubnis zur Nutzung des verletzten Rechts eingeholt hätte.“ Des Weiteren kann man auch den Gewinn, der aus der Verletzung des Rechts erzielt wurde, berücksichtigen. Zudem kann der Verletzte verlangen, dass die entstandenen Kosten für den Rechtsanwalt ersetzt werden, somit entstehen für den Verletzten keinerlei Kosten.

6.4 Geldentschädigung

Neben dem Anspruch auf Schadensersatz, kann unter bestimmten Bedingungen auch ein Anspruch auf Geldentschädigung bestehen. Der § 253 Absatz 1 BGB besagt, dass es in bestimmten Fällen möglich ist für einen immateriellen Schaden, der einem entstanden ist eine Entschädigung in Form von Geld zu fordern. Der sogenannte Schmerzensgeldanspruch gilt als Ausgleich für Schäden von nicht vermögensrechtlicher Art (immaterieller Schaden). Durch das Schmerzensgeld sollen alle seelischen Belastungen, Unannehmlichkeiten und sonstigen Unwohlgefühle „wiedergutmacht“ werden. Die Frage, ob dies durch Geld möglich ist, sei dahingestellt.

Als Voraussetzung hierfür, muss eine schwerwiegende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, die anderweitig nicht ausgeglichen werden kann, gegeben sein. Vor allem Prominente profitieren von dieser Regelung, da immer höhere Summen gefordert und oft auch gewährt werden.

Entwickelt wurde dieser Anspruch im sogenannten „Herrenreiter-Fall“. Im Jahr 1958 entschied der Bundesgerichtshof zugunsten eines Herren- beziehungsweise Dressur-

reiters. Dieser verklagte die Herstellerin eines pharmazeutischen Präparats, das nach landläufiger Meinung auch potenzsteigernd wirkte. Sie verbreitete ein Plakat, als Werbung für ihr Präparat, mit dem Bild eines Turnierreiters, dem das Originalbild des Klägers zugrunde lag. Da dieser zu der Verwendung nicht eingewilligt hatte, forderte er Schadensersatz. Der Bundesgerichtshof billigte ihm ein Schmerzensgeld in Höhe von 10.000,- DM zu, da es sich um eine Verletzung seines geschützten Persönlichkeitsrechts handle.⁵⁷ Seit dem ist der Anspruch auf Schmerzensgeld gewohnheitsrechtlich anerkannt.

Durch die immer höheren Summen, die den Prominenten zugesprochen wurden, wurde oft Kritik geübt, dass diese Rechtsprechung nur zu deren Vorteil sei. Doch muss man bedenken, dass die Presse gerade durch die Veröffentlichung von intimen Details aus dem Privatleben der Prominenten, beträchtliche Gewinne zu ziehen weiß. Wären die Schmerzensgeldforderungen nicht so hoch, würden diese direkt mit einkalkuliert werden und somit wären die Prominenten geradezu schutzlos. Dann würde die Boulevardpresse vermutlich lieber das Schmerzensgeld bezahlen, als auf eine Berichterstattung zu verzichten. Die hohen Schmerzensgeldzahlungen sollen in gewisser Weise auch abschreckend sein und verhindern, dass es noch mehr Klagen geben wird.

Doch auch „Normalbürger“ erhalten in gewissen Fällen sehr hohe Schmerzensgeldzahlungen, wie der Fall einer jungen Frau zeigt, die gegen ihren Ex-Freund klagte (in diesem Fall geht es nicht um die Herstellung sondern um die Veröffentlichung einer Fotografie). Der Ex-Freund stellte nach Beendigung der Beziehung Nacktaufnahmen der Klägerin ins Internet, die sogar noch mit ihrem Namen und ihrer kompletten Anschrift versehen waren. Die junge Frau wurde erst darauf aufmerksam, als sie von einem Unbekannten einen Anruf erhielt. Daraufhin erstattete sie Strafanzeige, der Beklagte wurde wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Klägerin wechselte während des laufenden Verfahrens ihren Wohnsitz aus Angst vor Nachstellungen. Sie forderte ein Schmerzensgeld von mindestens 11.000,- Euro, der Beklagte beantragte die Klage abzuweisen. Das Landgericht Kiel hielt ein Schmerzensgeld von 25.000,- Euro für angemessen, da es faktisch unmöglich sei, die Bilder komplett aus dem Internet zu entfernen und da der Beklagte bewusst handelte, um seiner Ex-Freundin Schaden zuzufügen und sie bloßzustellen.

Wie auch bei den anderen Ansprüchen, die aus Verletzungshandlungen entstehen, müssen die genauen Umstände geprüft werden. Ob man mit seiner Forderung Erfolg hat und wie hoch die Zahlungen angesetzt werden hängt wie immer vom konkreten Einzelfall ab.

⁵⁷ Vgl. Herrenreiter-Fall, 29.10.2012

7 Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Foto- und Medienrecht in den letzten Jahren oder Jahrzehnten verändert beziehungsweise weiter entwickelt hat. Aber das war aufgrund des technischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung des alltäglichen Lebens auch notwendig.

Die Frage wann man eine Sache oder eine Person fotografieren darf ist manchmal recht schnell beantwortet und manchmal bedarf es einer genauen juristischen Betrachtung. Vor allem bei Lichtbildern auf denen Personen abgebildet sind kann es sehr leicht zu einer Verletzung der allgemeinen Persönlichkeitsrechte kommen. Denn weder der Normalbürger noch der Prominente müssen es dulden, zu jeder Zeit, an jedem Ort und in jeder noch so privaten Situation, fotografiert zu werden.

Dem Schutz der Privatsphäre wird durch den Gesetzgeber ein sehr hoher Stellenwert zugeschrieben. Und die Bereiche, die als privat gelten und in denen es nicht zulässig ist Lichtbilder anzufertigen sind, sind ausgeweitet worden. So zählt nicht nur die eigene Wohnung oder der eigene Garten dazu, auch zum Beispiel bei einem Restaurant Besuch hat jeder das Recht sich etwas zurück zu ziehen und sich ungehemmt verhalten zu können.

Diese Rechtsprechungen, die zum Teil auch durch die Klagen von Prinzessin Caroline von Hannover erwirkt wurden, erleichtern vor allem Prominenten das alltägliche Leben. Dadurch erhalten auch sie, obwohl sie als Personen der Zeitgeschichte gelten, einen angemessenen Schutz vor der ständigen Beobachtung und teilweise regelrechten Verfolgung. Es wird einem prominenten Menschen in Deutschland ermöglicht, sein alltägliches Leben unbehelligt zu verbringen und sein Privatleben weit gehend für sich zu behalten. Und vor allem können Prominente selbst entscheiden, was die Öffentlichkeit erfahren darf und was nicht, sie müssen sich nicht ständig Gedanken machen, ob sie sich „richtig“ verhalten oder ob etwas ein gutes oder schlechtes Licht auf sie wirft.

Das schränkt die Vertreter der Presse natürlich in vielen Bereichen ein. Denn dem Grundsatz der Pressefreiheit steht das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit entgegen. Und es stellt sich die Frage, was wichtiger ist. Es muss abgewogen werden, wie weit man mit der Berichterstattung in die Privat- oder gar Intimsphäre einer Person eingreift und wie hoch das Interesse der Öffentlichkeit an der Berichterstattung ist.

Bei der Fotografie von Sachen handelt es sich meist um Urheberrechtsklagen. Den wenigsten Menschen ist klar, dass man Werke von anderen nicht ohne weiteres vervielfältigen oder verbreiten darf. Gerade zu Zeiten der sozialen Netzwerke ist es für Viele Gang und Gäbe jedes erdenkliche Bild für eigene Zwecke zu verwenden und weiter zu verbreiten. Die meisten Verstöße gegen das Urheberrecht entstehen aber nicht durch das Fotografieren einer urheberrechtlich geschützten Sache sondern durch die unerlaubte Veröffentlichung. Bilder werden „geklaut“ und für die eigenen Zwecke verwendet und das nicht nur im Privatgebrauch, sondern auch immer wieder im Gewerblichen Bereich. Manche tun dies vielleicht unwissentlich der rechtlichen Konsequenzen, andere sind sich der Unzulässigkeit durchaus bewusst, gehen aber davon aus, dass es niemand bemerken wird.

Doch woran liegt der fehlende Respekt vor dem Werk oder der Arbeit anderer? Vor einigen Jahren bekam man professionelle Fotoaufnahmen nur bei einem professionellen Fotografen. Unter großem Aufwand wurden Bilder mit einer riesigen und teuren analogen Kamera aufgenommen und anschließend entwickelt. Es dauerte meist etwa eine Woche bis man die Bilder ansehen konnte und die Auswahl war nicht so groß, da das Filmmaterial teuer war. Abzüge konnte man bestellen und die Negative blieben beim Fotografen, weil man selbst sowieso nichts damit hätte anfangen können.

Und heute hat jeder zweite Hobbyfotograf eine hochwertigere und umfangreichere Ausrüstung als die meisten Berufsfotografen. Man kann Unmengen an Bildern machen und alle schlechten einfach löschen und bei hunderten von Bildern ist sicher auch mal ein Gutes dabei. Jeder der sich eine halbwegs gute Kamera leisten kann nennt sich Fotograf und „verschenkt“ seine Bilder, weil es ja nur ein Hobby ist und er nicht davon leben muss. Die Fotografie ist schnell geworden und billig. Wie soll ein Laie da noch den Wert einer hochwertigen Fotografie schätzen lernen oder überhaupt den Unterschied erkennen.

Wieso die digitalen Negative (Dateien) eines Fotoshootings etwas kosten ist vielen ein Rätsel. Denn erstens sind die Bilder ja schon digital, da muss der Fotograf ja nichts mehr machen, und zweitens kostet ein CD-Rohling ja fast nichts. Die Wertschätzung vor der Arbeit fehlt und somit auch der Respekt vor dem Werk eines anderen. Daher ist es für viele ganz normal Bilder, die sie im Internet finden für Ihre eigene Internetseite oder Werbung zu verwenden.

Aus diesem Grund werden die Rechte von Künstlern und Urhebern durch verschiedene Gesetze geschützt. Und auch, wenn es inzwischen oft genug publiziert wurde, wird

immer noch in sehr großem Umfang dagegen verstoßen. Als Urheber eines Werkes sollte man dagegen vorgehen und abmahnen.

Sollte man selbst in die Situation kommen, dass die eigenen Werke rechtswidrig verwendet werden, dann sollte man sich auf jeden Fall einen Anwalt zu Rate ziehen. Denn vor allem beim Verfassen einer Abmahnung ist Vorsicht geboten, hier können leicht formelle Fehler unterlaufen. Ebenso verhält es sich, wenn man selbst eine Abmahnung erhält. Man sollte sich einen Fachlichen Rat einholen und prüfen lassen, ob die Abmahnung gerechtfertigt ist.

Zusammenfassend könnte man sagen, dass das Herstellen von Lichtbildern für den privaten Gebrauch in den meisten Fällen zulässig ist. Allerdings nicht, wenn strafrechtliche Grenzen überschritten werden. Aber das ist meiner Meinung nach mehr als nachvollziehbar, denn zum Beispiel im kinderpornografischen Bereich ist ja die sexuelle Handlung (nicht nur abartig) sondern dementsprechend auch strafbar, aus welchem Grund sollte es dann erlaubt sein, solch eine Handlung aufzunehmen.

Bei allen anderen Situationen, in denen ich als Privatperson fotografieren möchte, darf ich das meist auch, wenn die Bilder nur für meinen eigenen Gebrauch gedacht sind und ich sie nicht veröffentlichen werde. Wenn man sich mal nicht sicher sein sollte, dann ist es meist die beste Methode einfach zu fragen und sich die Erlaubnis einzuholen.

Möchte ich allerdings aus beruflichen Gründen fotografieren, ist die Rechtslage komplexer und das Anfertigen von Fotos ist meist an viele Bedingungen geknüpft oder gleich ganz verboten. Der Grund dafür ist, dass es mit der Herstellung eines Fotos nicht getan ist. Wenn ich ein Bild gewerblich benötige, ist dies eigentlich immer mit einer Veröffentlichung verbunden, denn um es kommerziell zu nutzen muss ich das Bild öffentlich machen.

Aber auch hier habe ich die Möglichkeit mir die Erlaubnis fürs Fotografieren einzuholen. Am besten in Form einer schriftlichen Einwilligung, damit man in jedem Fall ein „Beweismittel“ hat, um sich gegen rechtliche Konsequenzen abzusichern. Vor allem bei der Fotografie von Personen bietet sich ein sogenannter Model-Release-Vertrag an. Damit sichert sich nicht nur der Fotograf, sondern auch das Model ab. Denn mit Hilfe des Vertrags, kann das Model bei einer nicht vereinbarten und somit unrechtmäßigen Verwendung der Bilder dagegen vorgehen und den Fotografen auf Unterlassung und eventuell auch auf Schadensersatz verklagen.

Im Großen und Ganzen sollte man sich im beruflichen Bereich genauestens informieren und gegebenenfalls rechtlich absichern. Im Einzelnen müssen auch immer die Rechte und Interessen aller Beteiligten gegeneinander abgewogen werden. Es sind immer individuelle Entscheidungen und bedürfen der genauen Begutachtung aller Faktoren.

Im privaten Gebrauch sollten sich viele Menschen vielleicht mal fragen, ob es wirklich notwendig ist, immer und überall zu fotografieren und alle Welt daran teilhaben zu lassen. Der Trend, der für jedermann sichtbaren Selbstdarstellung, ist meiner Meinung nach erschreckend. Auch der arglose Umgang mit den eigenen Daten und den Daten Anderer sollte einem zu Denken geben. Denn diese unüberlegte Verbreitung von Fotos steht im großem Widerspruch zu der Angst vieler Bürger vor zu viel Überwachung durch den deutschen Staat. Etwas salopp mag da vielleicht die Aussage des österreichischen Kabarettisten Michael Niavarani klingen: „...Facebook ist Stasi, auf freiwilliger Basis...“ Aber vielleicht hat er ja damit gar nicht so unrecht? Diese Frage sollte sich jeder mal selbst beantworten.

So ist es im privaten Gebrauch vielleicht durchaus mal ganz entspannend, nicht jedes noch so kleine Vorkommnis fotografisch festzuhalten. Bei einem Konzert nur mal die Musik zu genießen oder im Urlaub alle Eindrücke des fremden Landes aufzusaugen und den Alltag hinter sich zu lassen, anstatt ständig nach WLAN zu suchen, um zu zeigen, wie toll es hier ist.

Ein Bekannter erzählte mir folgendes: Eine Reisegruppe betrachtet ein Naturschauspiel und alle haben natürlich eine Kamera dabei und knipsen ein Bild nach dem anderen, nur einer nicht. Schließlich fragen sie ihn, ob er denn kein Bild machen will. Er antwortet: „Nein, danke! Ich schaue es mir lieber gleich an!“

Literaturverzeichnis

ANTEIL DER INTERNETNUTZER IN DEUTSCHLAND VON 2001 BIS 2013. Herausgegeben von STATISTA.COM. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/13070/umfrage/entwicklung-der-internetnutzung-in-deutschland-seit-2001/>

3,4 MILLIARDEN FOTOS AUF GOOGLE+. Herausgegeben von STERN.DE 20.10.2011. URL: <http://www.stern.de/digital/online/34-milliarden-fotos-auf-google-1741201.html>

STATISTISCHES BUNDESAMT Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik – Deutschland. URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/AusstattungGebrauchsgueter/Tabellen/Unterhaltungselektronik_D.html

BILD (FOTOGRAPHIE). Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG 02.12.2013. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Bild_%28Fotografie%29

ANALOGFOTOGRAPHIE. Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG 13.01.2014. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Analogfotografie>

RECHT AM EIGENEN BILD. Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG 06.05.2013. URL: http://www.bfdi.bund.de/bfdi_wiki/index.php/Recht_am_eigenen_Bild

LAUDON MIRKO: Gerichtsberichterstattung und deren Grenzen. Herausgegeben von STRAFAKTE.DE 25.09.2013. URL: <http://www.strafakte.de/strafverteidigung/gerichtsberichterstattung-fotografen-fernsehen-im-gerichtssaal-fotos-von-angeklagten-und-verteidigern/#comments>

RÜDIGER LÜHR: Kachelmann, Caroline & Co.. Herausgegeben von VERDI.DE 05.02.2013. URL: <http://mmm.verdi.de/recht-politik/02-2012/kachelmann-caroline-co>

SCHLEUFE MARKUS: Angeklagte vor Gericht porträtieren. Herausgegeben von ZEIT.DE 03.10.2011. URL: <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-09/beruf-gerichtszeichner>

GÜNER BALCI und ANNA REIMANN: Gewaltvideos auf dem Handy: Verprügelt, vergewaltigt und gefilmt. Herausgegeben von SPIEGEL.DE 13.06.2006. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewaltvideos-auf-dem-handy-verpruegelt-vergewaltigt-und-gefilmt-a-418236.html>

AKI/DPA: Baden-Württemberg: Jugendliche filmen Vergewaltigung. Herausgegeben von SPIEGEL.DE 19.06.2006. URL: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/baden-wuerttemberg-jugendliche-filmen-vergewaltigung-a-422225.html>

ULZ/DPA: Intimfotos von Patientinnen: Frauenarzt muss ins Gefängnis. Herausgegeben von SPIEGEL.DE 11.11.2013. URL: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/frauenarzt-wegen-intimfotos-von-patientinnen-zu-haftstrafe-verurteilt-a-932895.html>

KLEIN RITA: 46-Jähriger erneut wegen Kindesmissbrauchs angeklagt. Herausgegeben von GENERAL-ANZEIGER-BONN.DE 28.08.2013. URL: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/rhein-sieg-kreis/sankt-augustin/46-Jaehriger-erneut-wegen-Kindesmissbrauchs-angeklagt-article1132334.html>

URTEIL DES BGH VOM 19.12.1995. Herausgegeben von UNIBE.CH. URL: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv101361.html>

CAROLINE URTEILE. Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG. Zuletzt geändert am 14.08.2013. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Caroline-Urteile>

SCHÖPFUNGSHÖHE. Herausgegeben von JURAforum.DE. URL: <http://www.juraforum.de/lexikon/schoepfungshoehe>

PRESSESTELLE DES BUNDESGERICHTSHOFS: Keine Panormamafreiheit für Verhüllten Reichstag. Herausgegeben von BUNDESGERICHTSHOF.DE 24.01.2002. URL: <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&nr=13376&linked=pm>

TIERPARKORDNUNG. Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Besuch um Tierpark Hellabrunn. Herausgegeben von TIERPARK-HELLABRUNN.DE 26.04.2013. URL: http://www.tierpark-hellabrunn.de/fileadmin/pdf/Tierparkordnung_April2013_01.pdf

EINGETRAGENES DESIGN. Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG 09.01.2014. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Eingetragenes_Design

ALTER HAMBURGER BRAUCH, NEUER HAMBURGER BRAUCH – WAS IST DAS? Herausgegeben von WETTBEWERBSBERATER.DE . URL: <http://www.wettbewerbsberater.de/alter-und-neuer-hamburger-brauch/>

HERRENREITER-FALL. Herausgegeben von WIKIPEDIA.ORG 29.10.2012. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Herrenreiter-Fall>

Anlagen

Anlage 1: Sicherheitshinweise für Film- und Fototeams in Seite XLIV
den Pinakotheken (München)

Anlage 1: Sicherheitshinweise für Film- und Fototeams in den Pinakotheken (München)



Sicherheitshinweise für Film- und Fototeams in den Pinakotheken

Einleitend wird darauf hingewiesen, dass Film- und Fotoaufnahmen heute auch von qualitativ hochwertigen Kunstreproduktionen aufgenommen werden können, die Ihnen die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen gerne zur Verfügung stellen. Im Interesse der uns anvertrauten Kunstwerke wird darum gebeten, mehr als bisher üblich hiervon Gebrauch zu machen.

Um Ihnen ein reibungsloses Arbeiten in den Pinakotheken und anderen Galerien der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen zu erlauben und gleichzeitig die Risiken für die ausgestellten Kunstwerke zu minimieren, dürfen wir Sie bitten, folgende Sicherheitshinweise bei der Aufnahme von Originalen zu beachten:

1. Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen gerecht zu werden, sollte das Aufnahmeteam auf die notwendige Personenzahl beschränkt werden. Es wird ausdrücklich darum gebeten, nach Möglichkeit nur erfahrene, mit den musealen Bedingungen vertrautes Personal einzusetzen. Bitte melden Sie die benötigten Parkplätze unter Angabe des Kennzeichens im Voraus bei der Pressestelle an. Es wird um Verständnis darum gebeten, dass Jacken, Rucksäcke und Taschen an der Garderobe abgegeben werden müssen.
2. Um Ihre Anwesenheit in öffentlichen wie nichtöffentlichen Bereichen zu autorisieren, erhalten Sie einen Sichtausweis. Dieser muss gut sichtbar getragen werden. Wir bitten Sie, diesen auch bei mehrtägigen Arbeiten nach Beendigung der Dreharbeiten wieder abzugeben.
3. Sie werden weiterhin gebeten, im Interesse der ausgestellten Kunstwerke und der hochtechnisierten Räumlichkeiten den Anweisungen der Vertreter der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen unterstützend Folge zu leisten.
4. Bei Arbeiten während der Öffnungszeiten ist auf Museumsbesucher zu achten. Kabelwege und Equipment dürfen keine Gefahr darstellen, sie sind gegebenenfalls entsprechend abzusichern.
5. Das Equipment darf nie unbeaufsichtigt gelassen werden, insbesondere nicht während der Öffnungszeiten. Beim Transport von Equipment durch das Gebäude ist Umsicht geboten und das Aufsichtspersonal darüber zu informieren. Beim Transport sperriger Gegenstände sind diese zu zweit zu tragen. Schienen für Aufnahmeapparaturen können nur in Ausnahmefällen und nur mit einer Sondergenehmigung gestattet werden. Treffen Sie Vorkehrungen, dass mechanische Beschädigungen an Kunstwerken und Räumlichkeiten ausgeschlossen werden. So sind Wände, Wandbespannungen, Fußböden etc. gegebenenfalls mit entsprechenden Gummimatten oder Schutzfolien auszulegen oder abzudecken.
6. Wegen der Licht- und Klimatempfindlichkeit der ausgestellten Kunstobjekte sind Museumsräume in der Regel klimatisiert und verfügen über eine weitgehend ausgewogene, gleichmäßige Lichtverteilung bei Beleuchtungsstärken von durchschnittlich 300 bis 400 Lux. Diese Beleuchtungsstärke ist heute ausreichend, um Kunstwerke ohne zusätzliche Objekt- und Galerieausleuchtung aufzunehmen. Eine davon abweichende Ausleuchtung bedarf einer Sondergenehmigung.
7. Da gängige Leuchtmittel nicht nur ausschließlich Strahlungsanteile im sichtbaren Bereich abgeben, müssen insbesondere energiereiche, ultraviolette Anteile mit geeigneten Kanalfiltern ausgefiltert werden. Die Absorptionsanteile des verwendeten Filters sollte knapp unter 400 Nanometern liegen.
8. Wärmeezeugende Leuchtmittel müssen mit entsprechendem Wärmeschutzfilter versehen werden. Die Wärme kann auch über einen erhöhten Abstand des Leuchtmittels zum Kunstwerk reduziert werden. Hochdrucklampen müssen zwingend mit einem Explosionsschutz ausgestattet sein.
9. Um Lichtschäden zu vermeiden und die Lichtdosis minimal zu halten, sollten Lichtquellen grundsätzlich außerhalb der Beleuchtungsproben und der eigentlichen Filmaufnahmen ausgeschaltet werden.



10. Die Standorte von Stativen und Reflektoren sollten so gewählt werden, dass eine Beschädigung von Kunstwerken z. B. durch Handling, Sturz oder Hitzeentwicklung ausgeschlossen ist. Insbesondere sollte der Abstand zu den Kunstwerken größer als die Höhe der verwendeten Stative und anderer Gerätschaften sein. Um ein Umstürzen zu verhindern, sollten alle Stativ- und Fernsichtaufnahmen üblichen Sandsäcken beschwert und zusätzlich von einer Person beaufsichtigt werden.
11. Kunstwerke dürfen von Ihnen grundsätzlich weder berührt noch bewegt werden. Zum Schutz der Kunstwerke angebrachte Absperrungen dürfen nicht übertreten werden. Dort, wo keine Absperrungen angebracht sind, werden Sie gebeten, einen Mindestabstand von 50 Zentimetern zu Wänden und Kunstobjekten einzuhalten. Bei Unterschreiten müssen Sie mit Alarm rechnen!
12. Aufnahmen von extrem lichtempfindlichen Kunstwerken wie Aquarellen, Pastellarbeiten oder Textilien bedürfen einer Sondergenehmigung.
13. Bei Film- und Fotoaufnahmen von gestellten Szenen in den Galerieräumen ist zu beachten, dass die für solche Aufnahmen erforderlichen Beleuchtungsstärken in der Regel die konservatorisch vertretbaren Beleuchtungsstärken bei weitem überschreiten. Aus konservatorischen Gründen werden Sondergenehmigungen für diesen Fall deshalb nur selten erteilt.
14. Dreharbeiten in den Kabinetten sind wegen der beengten Platzverhältnisse grundsätzlich nicht gestattet.
15. Sollten Sie sich nicht unmittelbar im Einsatz am Set befinden, werden Sie gebeten, sich außerhalb der Galerieräume im Aufenthaltsbereich aufzuhalten. Obgleich sich die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen über Ihr Interesse freuen, sind Erkundungen der Galerieräume »auf eigene Faust« außerhalb der Öffnungszeiten nicht gestattet.
16. Das Rauchen, Essen oder Trinken ist in allen Galerieräumen verboten.
17. Urheber- und Leistungsschutzrechte von Künstlern und Fotografen bleiben unberührt.

Unsere Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine Beachtung dieser Sicherheitshinweise das Bemühen der Pinakotheken unterstützt, eine umfassende Sicherheit für die ausgestellten Kunstwerke, unsere Besucher, das Personal und die Räumlichkeiten zu gewährleisten. Sollte Ihre Arbeit ein abweichendes Verhalten erforderlich machen, bitten wir um rechtzeitige Rücksprache. Bei Nichtbefolgen dieser Hinweise können die Arbeiten sofort durch Vertreter der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen abgebrochen werden. Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und Ihre Mithilfe bei der Umsetzung dieser Sicherheitshinweise.

Ich habe die Sicherheitshinweise gelesen und akzeptiere die Bestimmungen.

München, den _____

Unterschrift: _____

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

A handwritten signature in black ink, reading 'Weidlich Simone'. The first name 'Weidlich' is written in a cursive style, and the last name 'Simone' is written in a simpler, more legible cursive.

München, den 21. Januar 2014

Simone Weidlich